

Unter anderem in dieser Ausgabe:

WOHNEN: OHNE OBDACH OHNE SCHUTZ s. 3
KOCHEN: EINE NEUE KÜCHE FÜRS L-HAUS s. 4
FEIERN: KINDERFEST DES SBV NORD s. 7
DISKUTIEREN: GERECHTE KRIEGE? s. 21

Veranstaltungstipp

Stadtparteitage

In diesem Herbst finden gleich zwei Stadtparteitage statt. Der erste mit Wahl des Stadtvorstandes am 4. Oktober und der zweite mit Schwerpunkt OBM-Wahl am 28. November.

Mehr Infos auf Seite 23

Mitteilungsblatt

Ausgabe 10/2026

Zeitung von Die Linke Leipzig



Am 12. September protestierten wir gegen den Rechtsruck in Sachsen-Anhalt.

Foto: Kevin Ehler

Skadi für Leipzig!

Bernd Friedrich Draußen verfinsterte sich die Sonne – im „Interim“ ging sie auf: Die Leipziger Kulturbürgermeisterin stellte sich am 12. August den Fragen interessierter Zuhörer:innen, die den „Großen Saal“ füllten. Aus ihrem Wahlkampfteam gab Volker Külöw eine kurze Einführung in den aktuellen Stand der Wahlvorbereitungen, erläuterte die Struktur des „Teams Skadi“ und nannte wichtige Termine. Dann war die Diskussion freigegeben und wenige Impulse seitens der Moderator:innen Joana Sammler und Felix Liebmann brachten das Gespräch ohne Verlegenheitspause in Gang. Bald hatten sie genug damit zu tun, die zahlreichen Wortmeldungen in die richtige Reihenfolge zu bringen.

Zu Beginn nannte Skadi Jennicke einige Stationen ihres Lebens: Sie ist in Leipzig geboren, machte ihr Abitur am Rudolf-Hildebrand-Gymnasium in Markleeberg, studierte

Dramaturgie an der Hochschule für Musik und Theater „Felix Mendelssohn Bartholdy“ und war dann an verschiedenen Theatern in Ost und West als Dramaturgin tätig. 2009 hat sie zum Systemumbruch 1989 und den Folgen im ostdeutschen Theater promoviert und wurde im gleichen Jahr in den Leipziger Stadtrat gewählt. 2016 wurde sie Kulturbürgermeisterin von Leipzig und das ist sie bis heute. Nun hat sie ein neues Ziel ins Auge gefasst: Skadi Jennicke will Oberbürgermeisterin von Leipzig werden.

Schon kurz nach ihrer Nominierung schickte sie Mails an Leipziger Vereine und bat um ihre Erfahrungen, Wünsche und Ziele: „Die besten Ideen entstehen im Dialog. Ich höre zu.“ Von diesem Wahlspruch fühlten sich die meisten angesprochen und sandten Rückmeldungen. Während des gesamten Wahlkampfes werden die dabei aufgeworfenen Themen eine

wichtige Rolle in ihrer Arbeit spielen und vielleicht ja auch darüber hinaus.

Die schwierige finanzielle Lage Leipzigs macht ihr bereits jetzt ihre Arbeit schwer. Weil die Bundesrepublik den Kommunen eine Vielzahl von Pflichtaufgaben zuteilt, sie aber nicht finanziert, ist die Geldnot der Städte und Gemeinden zum größten Teil durch diese Praxis verursacht, so auch in Leipzig. Kommunalpolitiker:innen bleibt oftmals kein anderer Weg, als unter diesen Bedingungen zahlreiche „freiwillige Aufgaben“ zu kürzen. Skadi Jennicke muss das jetzt und in Zukunft ebenfalls tun.

Sie hat sich aber das Ziel gestellt, keine gewachsenen Strukturen der sozialen und kulturellen Arbeit in ihrer Existenz zu gefährden, sondern sie mit Einschränkungen am Leben zu erhalten.

Fortsetzung auf Seite 2

Sprechstunden & Sozialberatung

Die Linke vor Ort

Redaktion MiB Sprechstunden und Termine

Die regelmäßigen Sprechstunden und Beratungstermine der Leipziger LINKEN sind für alle Interessierten offen und kostenfrei nutzbar. Mehr Infos dazu auf den Internet-Seiten der Büros oder per Telefon.

Sozialberatungen:

- Hilfe Telefon 0174-41471385
Kontaktiert uns per SMS oder mit WhatsApp, Signal oder Telegram.
- 2. Do. im Monat, 18:30 bis 20:00 Uhr
WKB, Grünau, Stuttgarter Allee 18
Tel. Nr. (0341) 2318440
- jeden Di. 17:00 bis 19:00 Uhr,
INTERIM, Demmeringstraße 32,
Sozialberatung mit ELO -
Erwerbslosenhilfe Leipzig
Tel. Nr.: (0341) 492 731 48
- jeden Do. 16:00 bis 18:00 Uhr,
linXXnet, Brandstraße 15,
Sozialberatung mit ELO -
Erwerbslosenhilfe Leipzig
Tel. Nr.: (0341) 308 11 99
- jeden 1. und 3. Do., 17:00 Uhr,
Solidarische Beratung im Stadtteil,
Stannebeinplatz 11,
Mail: sozialberatung-no@
dielinke-leipzig.de
- jeden Do. 16:00 bis 18:00 Uhr,
Stadtteil-Treff "Klinke",
Volckmarstraße 5 (rollstuhlgerecht),
Mail: sprechstunde.klinke@dielinke-
leipzig.de

Mietsprechstunde:

- 3. Dienstag im Monat, 19:00 Uhr
linXXnet, Brandstraße 15
- 3. Freitag im Monat, 18:00 Uhr
Pörstener Straße 9
Mail: mietsprechstunde@
dielinke-leipzig.de

Im Stadtrat:

- Fraktionssitzung:
Mi. 21. Oktober 2026, ab 17:00 Uhr
R 270, Neues Rathaus
- Ratsversammlung:
Mi. 28. Oktober 2026, ab 14:00 Uhr
Ratssaal, Neues Rathaus
- Ratsversammlung (evtl 2. Teil):
Do. 29. Oktober 2026, ab 16:00 Uhr
Ratssaal, Neues Rathaus

Wie schmerzhaft Kompromisse sein können, machte sie anhand der Tatsache klar, dass die Börse am Naschmarkt allen Parteien und Organisationen zur Verfügung stehen müsse – auch der AfD.

Als ihr eine Frage zum Thema „Erweiterungsbauten bei RB Leipzig – zu Lasten des Capa-Wäldchens oder des Geländes der Kleinmesse“ gestellt wurde, überraschte es viele, als sie freimütig bekannte, hier eine andere Meinung als die Stadtratsfraktion der Linken zu haben [1]: Sie plädierte – bestärkt durch die spürbaren Auswirkungen des Klimawandels – für den Erhalt des Capa-Wäldchens als Biotopverbund zwischen nördlichem und südlichem Auwald und erklärte zugleich, dass ihr die Kleinmesse als kulturelle Tradition Leipzigs wichtig ist. Sie meinte, dass noch nicht alle Optionen eingehend geprüft seien und wies darauf hin, dass insbesondere Trainingsplätze für RB nicht in diesem Bereich liegen müssen. Bei einem Fußballstadion für die Frauen des RB Leipzig sähe das anders aus – dies solle im Bereich des Sportforums errichtet werden.

Vielleicht das wichtigste Thema für sie sind die stetig steigenden Mieten in der Stadt. Skadi Jennicke will als erstes ein „Amt für bezahlbares Wohnen“ einrichten. Hier sollen alle Aktivitäten koordiniert werden, in denen es darum geht, Mieten zu deckeln oder zu senken, aber auch den Wohnungsneubau in sinnvolle Bahnen zu lenken. Ihr liegt daran, die soziale Durchmischung in der Stadt zu verbessern und die Obdachlosigkeit mit einem Konzept des „Housing first“ zu bekämpfen.

Kindergärten sollen zu Kinderzentren werden, in denen zugleich nötige therapeutische Angebote wie z.B. Sprachförderung realisiert werden können. Das Mittagessen soll dort, aber auch in den Schulen kostenfrei sein. Dies zu finanzieren, ist freilich eine Herausforderung und vielleicht nur schrittweise möglich. Wünschenswert wäre eine „Kiezkantine“ pro Stadtbezirk, in der es in der Tradition der Volksküchen preisgünstiges Mittagessen gibt.

Die Kulturverwaltung von Leipzig soll ein eigenständiges Ressort bleiben, zu Fragen

einer eventuellen Nachfolgerin wollte sie sich aber nicht äußern. Klar bekannte sie sich zu einer Beteiligung Leipzigs an der Olympiabewerbung von Berlin [2]: Leipzig sei ein Zentrum des Sports und verfüge – bis auf eine neue Ballsporthalle als Ersatz für die „Arena“ – bereits über alle nötigen Sportstätten. Sie begreife das als Chance für die Entwicklung der Stadt – auch in Bezug auf Infrastruktur und öffentlichen Personennahverkehr.

Über die abschließende Frage freute sich Skadi Jennicke besonders: Wie könnte unter ihrer Leitung die Stadt Leipzig in zehn Jahren aussehen? Sie will für eine lebendige, junge Stadt arbeiten, die kinderfreundlich ist und gut aufgestellt, um die Folgen des Klimawandels für alle Bewohner:innen abzumildern. Insbesondere Wissenschaft und grüne Technologien bilden dafür die wirtschaftliche Basis. Leipzig ist als weltweit wirkendes kulturelles Zentrum gestärkt und so für Besuchende immer wieder aufs Neue attraktiv. Der öffentliche Personennahverkehr deckt den realen Bedarf nach wohnortnaher Mobilität zuverlässig und ein Netz sicherer Radwege verbindet die Stadtteile miteinander.

Ja, und da fehlt dann nur noch eines: Genügend Stimmen von den Leipziger:innen! Tun wir an unserem Platz und nach unseren Möglichkeiten alles dafür, was wir können – niemals allein, immer gemeinsam!

[1] Anm. d. Red.: die Linksfraktion hat am 28. August gemeinsam mit der SPD-Fraktion eine Beschlussvorlage gegen die Rodung des Capa-Wäldchens eingereicht (Antrag-Nr. VIII-A-03414). Nicht zuletzt wegen dieses Antrages und des massiven Gegenwinds in der Leipziger Stadtgesellschaft hat der Oberbürgermeister seine Vorlage inzwischen zurückgezogen und schlägt nunmehr vor, die Festwiese von der Red Bull Arena in den neuen Festplatz umzuwandeln.

[2] Anm. d. Red.: In der Woche nach der Berliner Abgeordnetenhauswahl und damit nach Redaktionsschluss dieser MiB-Ausgabe zog Berlin seine Olympia-Bewerbung offiziell am 23. September zurück.

Sprechstunden:

- Do. 1. Oktober 2026, 15:00 Uhr,
Stadteilladen, Georg-Schwarz-Straße
122, Bürgersprechstunde mit dem
Stadtrat Volker Külöw
- Do. 15. Oktober 2026, 17:00 Uhr,
NordWest Stern e.V., Georg-Schumann-
Straße 126, Bürgersprechstunde
mit dem Stadtrat Enrico Stange
- Mi. 7. Oktober 2026, 15:00 Uhr,
NordWest Stern e.V., Georg-Schumann-
Straße 126 Bürgersprechstunde mit der
Stadträtin Cornelia Falken
- Do. 22. Oktober 2026, 17:00 Uhr, ehem.
Gemeindeamt Lützschena-Stahmeln,
Am Brunnen 4 Bürgersprechstunde
mit dem Stadtrat Enrico Stange

Ohne Obdach, ohne Schutz

Siegfried Schlegel Schuld ist niemals der Mensch

Im Gegensatz zum Nationalen Aktionsplan gegen Wohnungslosigkeit, mit dem Ziel bis 2030 Wohnungslosigkeit zu überwinden, wurden im vergangenen Jahr nur rund 200.000 Neubauwohnungen statt der jährlich angestrebten über 300.000 Wohnungen bundesweit fertig gestellt. Bei rund 330.000 Wohnungen in Leipzig, von denen bei einer durchschnittlichen Standzeit von 100 Jahren ausgegangen wird, müssen jährlich 1%, also rund 3.300 Wohnungen durch Neubau ersetzt werden. Dabei ist der zusätzliche Bedarf durch Bevölkerungswachstum noch nicht berücksichtigt. Mit Verweis auf den Wohnungsleerstand, den es in Leipzig nur bis spätestens 2010 gab, kam der Neubau um 1993 zum Erliegen und fand bis dahin auch grundlegende Wohnungsanierungen kaum statt. Kämpften doch das kommunale Wohnungsunternehmen LWB und die gemeinnützig agierenden Wohnungsbau-Genossenschaften mit den sogenannten „Altschulden“ ums Überleben. Diese durch die Vereinigung der beiden deutschen Staaten entstandenen DDR-Verbindlichkeiten waren BRD-Staatsschulden geworden, wurden aber den betroffenen ostdeutschen Wohnungsunternehmen übergeholfen.

Jahrelang wurden in Leipzig nur rund 1.000 Wohnungen neu gebaut und viel in Modernisierung und Sanierung investiert, wodurch aber keine benötigten zusätzlichen Wohnungen entstanden sind. Die in 2025 fertiggestellten rund 2.000 Wohnungen sind ein wichtiger Fortschritt. Trotzdem reicht das Bautempo nicht aus. Ohne restriktive Baubebauungen, wie Baubeginn bis 2 Jahre nach Baugenehmigung, verkommt der sogenannte „Bauturbo“ zum „Spekulationsturbo“, wie es die Linksfraktion im Stadtrat prognostizierte und wie das zunehmend auch in Medien diskutiert und deshalb über Baubeginn

und -fertigstellung debattiert wird. Dies soll nunmehr durch eine Steuer auf baureife Grundstücke erfolgen. Wie in anderen BRD-Großstädten ist der Wohnungsmangel auch in Leipzig eine der Hauptursachen der Wohnungslosigkeit, weshalb es bei rund 1.000 wohnungslosen Menschen großer Anstrengungen bei der Erfüllung der kommunale Pflichtaufgabe bedarf, um auch mit spezifischen Angeboten Obdachlosigkeit zu verhindern und schrittweise die Wohnungslosigkeit zu überwinden. Dafür reichen die städtischen Angebote nicht aus und sind auch die der Freien Träger aus kirchlichen sowie anderen Massenorganisationen unverzichtbar.

Zusätzlich zum Tag der Wohnungslosen machen die Leipziger Linke und die SPD auf diese Herausforderungen in der Stadtgesellschaft und diese Problematik im Rahmen ihrer Veranstaltungen aufmerksam. Unter der Losung „Ohne Obdach, ohne Schutz - Schuld ist niemals der Mensch“ machte am Sonnabend, den 22. August 2026 die AG Soziales des Stadtverbandes zusammen mit sozialen Akteuren bei einem Treffen im Lene-Voigt-Park aufmerksam und kam mit Bürgerinnen und Bürgern sowie Betroffenen ins Gespräch. Dazu gab es eine „Küche für alle“ mit kostenlosen Essen und Getränken. Außerdem sollte auf den Tag der Wohnungslosen aufmerksam gemacht werden. Das geplante Podiumsgespräch musste leider witterungsbedingt ausfallen. An Ständen sowie an einem Hilfebuss informierten und diskutierten die Vereine CABL e.V. sowie Blaues Kreuz Leipzig e.V., Tagtäglich arbeiten diese Vereine mit von Wohnungs- und Obdachlosigkeit betroffenen Menschen, sind mit ihnen im Kontakt und bieten auch konkrete Hilfen an. Der Verein Blaues Kreuz bietet neben Beratung im Blauen Cafe Süd-

blick, den Beratungsstellen in Grünau und Leutzsch zu Sucht, Gewalt und Mobbing auch konkrete Hilfen für Obdachlose oder begleitetes Wohnen bei drohender Wohnungslosigkeit an. Außerdem leistet der Verein seelsorgerische sowie Gefängnisarbeit und unterstützt Selbsthilfegruppen und bietet bedarfsweise Unterstützung bei der Erfüllung des Mietvertrags in einer eigenen Wohnung an. Mit Förderung des Sozial- und Gesundheitsamtes bietet der CABL e.V. mobile Angebote bei der medizinischen Beratung und Hilfe durch kostenlose medizinische Sprechstunden auch für Menschen ohne Krankenversicherung auch in Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe an. Geholfen werden soll auch bei der Eingliederung in die Regelversorgung und Vermittlung in andere Beratungsstellen. Der CABL e.V. vergibt für anonyme, vertrauliche und kostenfreie ärztliche Behandlungen anonyme Behandlungsscheine und übernimmt bedarfsweise auch Labor- oder Medikamentenkosten und organisiert Sprachmittlung. Neben Geldspenden führen Ärztinnen und Ärzte ehrenamtlich Sprechstunden durch.

Die SPD-Fraktion hatte zu einer Informations- und Diskussionsveranstaltung zum Thema „Wohnungslosigkeit in Leipzig“ am Donnerstag, den 17.09.2026 in die Friedrich-Ebert-Stiftung in der Burgstraße eingeladen. SPD-Stadträtin Pia Heine diskutierte mit Sozialbürgermeisterin Dr. Martina Münch, Sozialbürgermeisterin, Tino Neufert, vom Suchtzentrum Leipzig, Franziska Dall'Osteria vom Übernachtungshaus für wohnungslose Frauen sowie Thomas Oehme von den Promenaden Hauptbahnhof, wo sich zahlreiche Betroffene aufhalten. Dazu waren auch die Mitglieder der AG Recht auf Wohnen ausdrücklich eingeladen.



Fotos: Siegfried Schlegel

Unter der Losung „Ohne Obdach, ohne Schutz - Schuld ist niemals der Mensch“ machte am Sonnabend, den 22. August 2026 die AG Soziales des Stadtverbandes zusammen mit sozialen Akteuren bei einem Treffen im Lene-Voigt-Park aufmerksam und kam mit Bürgerinnen und Bürgern sowie Betroffenen ins Gespräch.

Eine neue Küche für das Liebknecht-Haus

Mirjam Göbel für die Ortsgruppen Süd, Mitte und Ost der AG Küfa Ein Gewinn für die Küche für alle

An 15 Tagen im Monat gibt die AG Küfa an acht verschiedenen Standorten in Leipzig Essen und Getränke gegen Spende aus. Drei dieser Ortsgruppen — Süd, Mitte und Ost — bereiten ihre Speisen unter dem Dach des Liebknecht-Hauses in der Braustraße zu und geben sie an insgesamt sieben Tagen im Monat am Marktplatz in Löbnitz, am Anfang der Riemannstraße und vor dem Kaufland in Reudnitz aus. Dort schlagen wir den roten Pavillon der Partei, einige Tische und viele Bänke auf und laden alle Hungrigen und Vorbeikommenden zum gemeinsamen Essen und Sitzen ein. Seit inzwischen 1 1/2 Jahren geben die Küfas Süd, Ost und Mitte so rund 340 Portionen im Monat aus.

In Zeiten zunehmender Ungleichheit und Einsamkeit, politischer Entsicherungs- und gesellschaftlicher Entsolidarisierungstendenzen sind immer mehr Menschen von verschiedenen Formen der Prekarisierung betroffen. Zunehmend schlagen sich diese auch auf die Grundversorgung der Menschen nieder: fast einem Viertel der armutsbetroffenen Personen ist es nicht möglich, sich mindestens jeden zweiten Tag in der Woche eine vollwertige Mahlzeit zu leisten [1]. Diese Zahl verwundert kaum, bedenkt man die in den letzten Jahren stark gestiegenen Lebensmittelpreise oder die im aktuellen Grundsicherungssatz vorgesehenen 6,51 Euro pro Tag, die reichen sollen, um diese Preise zu bezahlen. Laut des aktuellen Armutsberichtes der Paritätischen Forschungsstelle liegt die Armutsquote in Leipzig bei 17,4% und damit über dem deutschen Bundesdurchschnitt von 16,1% [2]. Und so gibt es auch in Leipzig eine große Zahl an

Menschen, für die der Kauf von (gesunden) Lebensmitteln eine finanzielle Herausforderung darstellt. Doch viele Personen sind nicht nur von Armut, sondern auch von Einsamkeit betroffen — zwei Formen der Prekarität, die sich gegenseitig verstärken und insbesondere vulnerable und marginalisierte Personengruppen betreffen [3]. Neben Geld fehlt es manchen Personen buchstäblich an einer Gemeinschaft, in der sie essen können. Denn der Wert von Essen liegt nicht nur im Satt-Werden, sondern auch in dessen genuin sozialen Moment.

Unsere Küche für alle ist ein praktischer Gegenentwurf zu den genannten Missständen. Wir wollen, wenn auch nur an einigen Tagen im Monat, Menschen ein gesundes und vollwertiges Essen bieten und zugleich Orte des (politischen) Austauschs, der Solidarität und Gemeinschaft schaffen. Die vielen Stammgäste:innen unserer jeweiligen Küfas, die sich inzwischen untereinander kennen, gemeinsam essen und danach über ihren leeren Schüsseln miteinander ins Gespräch kommen, zeugen davon. Genau wie wir kommen sie bei Regen, Hitze und Kälte und helfen uns beim Auf- und Abbau und — was besonders schön ist — finden über die Küfa zu anderen Angeboten der Partei. Nebenbei erzeugen die überall in der Stadt und regelmäßig stattfindenden Küchen für alle eine stetige Sichtbarkeit der Partei, die auch außerhalb von Wahlkämpfen auf sehr tatkräftige und praktische Weise die Grundprinzipien der Linken transportiert.

Zusätzlich zu unserem „Tagesgeschäft“ kochen wir inzwischen für viele parteiinterne

und größere politische Veranstaltungen wie den Stadtparteitag, verschiedene Basis- und Mietenkonferenzen, Nachbarschaftstreffen oder die Bundestagswahlparty. Veranstaltungen solcher Art, bei denen wir für bis zu 150 Personen kochen, verlangen viel Organisation und Koordination. Ermöglicht wird dies durch die Arbeit vieler engagierter Genoss:innen, die eine Menge Energie und Zeit investieren — nicht nur für die Küfas selbst, sondern auch für den Aufbau einer nachhaltigen und professionalisierten Struktur.

Damit die Küfa bestehen und weiter wachsen kann

Ein nächster und aus unserer Sicht wichtiger Schritt, ist die Verbesserung unserer Kochsituation. Die Ortsgruppen Süd, Mitte und Ost nutzen die „Küche“ des Liebknecht-Hauses, um zu kochen. Diese wurde ursprünglich als Teeküche konzipiert, weshalb die vorhandene Infrastruktur in keiner Weise für den Umfang und die Häufigkeit unseres Kochens ausgelegt ist: Der bereits durch Dachschrägen und Balken beschränkte Platz wird durch die eingebaute Bar zusätzlich verkleinert; das Waschbecken und die Arbeitsplatte sind viel zu klein, sodass wir zum Abwaschen und Schnippeln in andere Räume ausweichen müssen; außer provisorischer Vorrichtungen, die wir statt der alten Sofas in einem gemeinsamen Subbotnik angebracht haben, haben wir keine Möglichkeit, unsere Vorräte und Kochutensilien zu lagern; die derzeitige Stromversorgung bricht, sobald wir mehrere Geräte gleichzeitig verwenden, immer wieder zusammen und der Linoliumboden im Waschbecken-



Fotos: Mirjam Göbel

bereich ist sichtlich beschädigt. Kurzum, die derzeitigen Bedingungen, unter denen wir kochen, sind widrig, erschweren unsere Arbeit enorm und sind mit Blick auf Hygiene und Sicherheit bedenklich.

Aus diesem Grund möchten wir eine Küchenrenovierung vornehmen. Gemeinsam mit den Hauptamtlichen des Liebknecht-Hauses haben wir über diese Möglichkeit, die notwendigen Arbeiten und Kosten gesprochen und schließlich einen Finanzierungsantrag verfasst, den wir zum Stadtparteitag am 04.10. einbringen. Mit den eingestellten 8.000€ wollen wir u.a.

- den Kochbereich umbauen und erweitern, einschließlich einer neuen Arbeitsplatte sowie großem Spülbecken,
- die Bar abreißen, um Laufwege zu verkürzen und mehr Platz zu schaffen,
- den Bodenbelag im Küchenbereich erneuern und versiegeln,
- eine mobile Kücheninsel anschaffen,
- die Lagerkapazitäten durch robuste Schrank- und Regelsysteme erweitern.

Um möglichst viele Renovierungs- und Umbaumaßnahmen mit diesem Budget umsetzen zu können, wollen wir, wo möglich, die Arbeiten gemeinsam mit der AG Liebknecht-Haus durchführen und gebrauchtes Inventar kaufen. Den Bereich Wasser und Elektrik überlassen wir selbstverständlich den dafür zuständigen Gewerken.

Eure Stimme für die Küfa

Die Küfa ist inzwischen zu einem integralen und stadtweiten Angebot der Partei ange-

wachsen, das in die Partei hinein als niedrigschwellige Beteiligungsmöglichkeit für Neumitglieder wirkt und nach außen Präsenz in der Stadt erzeugt. Ein Ausbau unserer Infrastruktur unterstützt die Ortsgruppen Süd, Mitte und Ost bei der Verstärkung dieses Angebots enorm. Wir bitten euch deshalb, beim kommenden Stadtparteitag für den Antrag A5 „Eine neue Küche für das Liebknecht-Haus — ein Gewinn für die Küche für alle“ zu stimmen!

Wir freuen uns außerdem immer über neue Helfer:innen — unter kuefa@dielinke-leipzig.de könnt ihr uns kontaktieren oder euch direkt über ein Formular eintragen [4] — und natürlich über Besucher:innen und Essende an unseren Ständen:

- Süd: jeden letzten Donnerstag im Monat um 18 Uhr am Marktplatz Löbnitz,
- Mitte: jeden zweiten Mittwoch (ungerade KW) um 18 Uhr am Anfang der Riemannstraße,
- Ost: jeden Freitag um 17 Uhr am Kaufland in Reudnitz (Köhlerstraße),
- Altwest: jeden Montag um 18 Uhr am Lindenauer Markt,
- Nordost: jeden ersten Freitag im Monat um 18 Uhr am Stannebeinplatz,
- Grünau: jeden letzten Samstag im Monat um 18 Uhr auf der Stuttgarter Allee 18,
- Südwest: jeden dritten Freitag im Monat um 18 Uhr im Lixer (Pörsener Str. 9),
- Nordwest: jeden dritten Dienstag im Monat um 17 Uhr am Huygensplatz (gerade Monate) oder Möckernscher Markt (ungerade Monate).

Küche für alle



[1] Paritätische Forschungsstelle (2026): Wachsende Armut, schrumpfende Sicherheit. Paritätischer Armutsbericht, online abrufbar unter <https://gleft.de/6JN>

[2] Ebd.

[3] Zu den genannten Zusammenhängen hat das Kompetenznetz Einsamkeit je eigene Expertisen verfasst, die online abrufbar sind unter <https://gleft.de/6JO>

[4] <https://gleft.de/6JP>

Wenn zwei Linke sich streiten, freuen sich die Rechten

Robby Aydin Bericht zur aktuellen Lage des Wahlstabes zur Oberbürgermeisterinnenwahl 2027

Der Wahlstab ist ein Gremium, das der Stadtvorstand zu Wahlen satzungsgemäß einsetzt und ihm die Verantwortung für die Durchführung der Wahl überträgt. Er soll den Stadtvorstand in einer Zeit der Arbeitsverdichtung, die bei Wahlen zu erwarten ist, entlasten. Der Stadtvorstand trägt jedoch weiterhin die Hauptverantwortung für die Wahl und ist uns, der Basis, in diesem Sinne rechenschaftspflichtig. Bei der Besetzung des Wahlstabes wurden viele Kompetenzen an einen Tisch geholt. Er besteht dieses Mal aus Mitgliedern des Kernteams – einem Team, das die Kandidierende direkt unterstützt –, der Kandidierenden selbst, der Wahlkampfkoordinatorin, dem Stadtvorstand, der Mietenkampagne, der Öffentlichkeitsarbeit, der Stadtratsfraktion, dem Landesvorstand, der Linksjugend, dem SDS und einer Funktion als Schnittstelle zur Basis.

Seit mehreren Monaten arbeiten wir in diesem 17-köpfigen Gremium an der Vorbereitung der Oberbürgermeisterinnenwahl. Dabei stehen wir nicht nur vor massiven Herausforderungen, sondern auch vor internen Streitigkeiten, die ein effektives Handeln schwierig machen. Im Rahmen dieser Streitigkeiten steht auch der Abberufungsantrag gegen Marco Böhme als Mitglied des Wahlstabes, den ich beim Stadtvorstand eingereicht habe und über den ich hier berichten möchte.

Ausgangspunkt des Konflikts war eine Entscheidung im Wahlstab über einen Flyerdruck. Es gab ein erstes Flyerdesign, das im engeren Kreis des Kernteams und der Agentur abgestimmt und dem Wahlstab vorgelegt wurde. Daraufhin sollte der Druck im Wert von mehreren hundert Euro freigegeben werden. Aus dem Wahlstab, insbesondere

der Mietenkampagne kamen jedoch Änderungsvorschläge. Die Kritik beruhte darauf, dass zwar Mieten ein zentrales Thema auf dem Flyer war und kleinere Änderungsvorschläge übernommen wurden, aber die zentrale Forderung nach 30 Stellen nicht. Erst auf die Anmerkung hin, dass der Wahlstab, wenn er keine Änderungsvorschläge einbringen darf auch keine Flyer drucken würde, wurde ein Kompromissvorschlag ausgearbeitet: Stimmt der Wahlstab dem vorgestellten Flyerdesign nicht zu, wird eine stark verminderte Stückzahl gedruckt und in Absprache mit Skadi eine neue Version erstellt, die dann in voller Auflage gedruckt wird. Dieser Beschluss für eine verminderte Stückzahl – bis eine Absprache stattgefunden hat – fand eine Mehrheit.

Vier Tage nach der Wahlstabssitzung wurden wir vom Landesvorsitzenden erstmalig

informiert, dass der Landesverband Sachsen „Verantwortung“ in der Situation übernommen und den Druck der ursprünglichen Flyeranzahl in Auftrag gegeben hat – und das ohne Klärung der Forderung. Hier sehe ich nun ein Problem unserer demokratischen Grundsätze, denn der Landesvorstand hat die Flyer entgegen der Beschlusslage des Wahlstabes bestellt und unsere Landessatzung – nach der kommunale Wahlen in der Verantwortung der Kreisverbände liegen – missachtet. Es ist fraglich, welchen Wert die Beschlüsse des Wahlstabes haben, wenn sie jederzeit durch den Landesvorstand ohne jegliche Rücksprache aufgehoben werden können. Damit senden wir der Mietenkampagne und unserem Plan zur Senkung der Mieten in Leipzig ein klares Zeichen. Eure Forderung ist im Wahlkampf nebensächlich. Diese Ignoranz gegenüber großen Teilen der Basis, die diesen Stadtverband zu dem machen, was er ist, ist für mich eine Erklärung für manch ausbleibenden Enthusiasmus für die Oberbürgermeisterinnenwahl.

Dabei dreht sich der zugrundeliegende Konflikt um die Entscheidungskompetenzen des Wahlstabes. Besonders die Verfügbarkeit der einzelnen Akteure im Wahlstab steht im Fokus, die durch verschiedene Privilegien der Lohnarbeit und durch die Beschäftigung im Haupt- und Nebenamt sehr unterschiedlich ausfällt. Wir müssen einen großen Arbeitsaufwand erledigen und uns dabei regelmäßig abstimmen. Je näher der Wahlkampf rückt, umso öfter müssen Entscheidungen schnell getroffen und Belastungsspitzen bewältigt werden. Beides widerspricht dem Ehrenamt. Daraus entsteht in meinen Augen bei manchen die Auffassung, dass viel Entscheidungskompetenz im Wahlstab um Skadi und das Hauptamt versammelt sein sollte. Das führt nun zu ebenjener Situation, aus der der genannte Antrag entstanden ist. Diese Auffassung würde ebenso den Kriterien zur Empfehlung einer Kandidierenden widersprechen, die zwischen Skadi und dem Stadtvorstand ausgehandelt wurden und Grundlage für eine Empfehlung zur

Kreiswahlversammlung am 12.03.2026 waren: „*Bekennnis zu einem kritisch-solidarischem Verständnis von und Umgang mit den verschiedenen Rollen von Partei (Mitgliedschaft und Organe), Stadtratsfraktion und Ämter (Bürgermeister*innen und Oberbürgermeister*in).*“

Der Umgang mit solchen Vorgängen stellt mich vor einen Interessenskonflikt. Als Mitglied des Wahlstabes möchte ich einerseits helfen, den Oberbürgermeisterinnenwahlkampf zum Erfolg zu führen. Auf der anderen Seite will ich bei problematischen Vorgängen nicht schweigen. Wir dürfen als sozialistische Partei nicht unterschätzen, welche Bedeutung unsere demokratischen Prozesse haben, wenn wir eine demokratische Gesellschaft aufbauen wollen. Aus diesem Grund habe ich den Vorgang per Antrag beim Stadtvorstand transparent gemacht und mache ihn nun auch hier öffentlich.

Wohin des Weges, LINKE?

Marco Hamann Nachbetrachtung zur Landtagswahl in Sachsen-Anhalt

Wofür braucht es Die Linke? Die Bundesregierung führt unter dem rekordverdächtig unbeliebten Kanzler einen Generalangriff auf die Arbeits- und Lebensbedingungen der großen Mehrheit der lohnabhängigen Bevölkerung, während sie die Aufrüstung vorantreibt. Die Regierungsparteien, allen voran, die CDU, bekommen in Sachsen-Anhalt die Quittung für diese Politik. Bloß, sie bekommen die Quittung nicht von links. Nicht nur konnte unsere Partei trotz eines aufwendigen (Haustür-)Wahlkampfes ihre Stimmzahl nicht verbessern. Sie musste deutliche Abgänge an AfD und BSW verzeichnen und unterbot das bis dato schlechteste Ergebnis in Sachsen-Anhalt noch einmal deutlich. Während die Mehrzahl der Arbeiter und wirtschaftlich Marginalisierten ihr Heil bei der AfD suchte, konnte Die Linke einmal mehr nur in den urbanen und in der Tendenz akademischen Bezirken überdurchschnittliche Ergebnisse erzielen. Warum dieses ernüchternde Ergebnis?

Einmal mehr hat sich Die Linke als entschiedene Opposition aus dem Spiel genommen. Ihre Vertreter haben sich im Vorfeld der Wahl als fünftes Rad an den schlingenden Wagen der „demokratischen Parteien“ geheftet. Anstatt die Krise der Regierung von links zuzuspitzen, hat sie sich damit selbst entwaффnet und der Scheinopposition von rechts das Feld überlassen. Das diese Taktik selbst dort an enge Grenzen stößt, wo die Partei vergleichsweise stark ist und sie in den urbanen Zentren Wähler an SPD und Grüne verliert bzw. diese nicht gewinnt, ist nur folgerichtig. Wenn die Partei ihre grund-

legende Differenz zu den bürgerlichen Parteien nicht klar herausstellt, sondern in einer demokratischen Front verwischt, dann ist auch die Entscheidung zwischen Rot, Rot oder Grün nicht zwingend, sondern taktisch.

Ein derart ambitionsloses Agieren, das einzig darauf berechnet war die AfD von der Macht fernzuhalten, kann selbst dieses beschränkte Ziel nicht erreichen. Anstatt den Höhenflug der extremen Nationalisten zu stoppen, beflügelt sie diesen noch. Anstatt Perspektiven für sozialistische Politik zu eröffnen, stößt sie die dafür zu gewinnende Lohnarbeiterschaft ab. Die einzige Hoffnung liegt in einer Flucht nach vorn: Eine mutige, angriffslustige Politik gegen das herrschende Zentrum selbst, dass die Misere der lohnabhängigen Mehrheit mitverantwortet. Nicht als Simulation von Opposition, sondern aus einer überzeugten Gegnerschaft zur kapitalistischen Klassengesellschaft, die aufgrund ihrer inneren Widersprüche zu Umweltzerstörung und Krieg treibt. Sich nicht einspannen (lassen) für ihre Politik der Alternativlosigkeit, sondern aus der Opposition heraus organisatorische Stärke und ideologische Hegemonie entwickeln.

Dies bedeutet nicht, unter keinen Umständen den Bündnisse mit anderen Parteien einzugehen oder unter keinen Umständen zu regieren. Vielmehr wäre sehr gut abzuwägen, inwiefern eine solche taktische Entscheidung dem langfristigen Ziel einer grundlegenden Umgestaltung der Gesellschaft förderlich sein könnte. [1] Zu entschlagen wäre sich aber gerade der Haltung des

Mitmachens um jeden Preis. Hier läuft die Beweisführung verkehrt: das Mitmachen ist gesetzt, dann werden die Argumente dafür gesammelt (was für schöne Dinge wäre man, neben den ganzen Kröten, vielleicht möglicherweise doch auch umzusetzen in der Lage).

Eine solche Politik hat die Partei 2021ff. an den Rand der Bedeutungslosigkeit gebracht. Eine grüne SPD oder rote Grüne braucht es nicht. Eine sozialistische Partei jedoch, die der berechtigten, aber fehlgeleiteten Wut einen rationalen Ausdruck gibt und eine wirkliche Alternative vorstellt, fehlt. Bleibt nur zu hoffen, dass die gewonnenen Direktmandate die dezimierte Landtagsfraktion neu beleben und auch die Partei als Ganze im Angesicht der drohenden Gefahr den Mut findet, ihr eigenes Programm und ihre politische Unabhängigkeit zu entwickeln.

[1]: Mit Blick auf die Wahl in Berlin unternimmt Fabian Nehring hier einen Versuch, die Möglichkeiten und Grenzen einer linken Regierungspolitik in der Hauptstadt auszuloten: <https://lichtundluft.org/2026/09/08/bedingungen-und-grenzen-transformatorischer-reformpolitik-in-berlin/>



Kinderfest des SBV Nord 2026

Conny Falken Der große Erfolg bei der Durchführung des Kinderfestes im vorigen Jahr war schon ein Ansporn, es diesmal mindestens genauso gut hinzukriegen – und am Ende waren sich alle einig: Diesmal war es noch besser!

Es gehören jede Menge Vorbereitungsarbeiten dazu, um für einen gelungenen Nachmittag zu sorgen. Die Pavillons und Bierzeltgarnituren kamen aus der Braustraße, also einmal mit dem Transporter quer durch die Stadt, der Bretschneiderpark liegt bekanntlich im Norden. Der schwerste Brocken, aber auch die Attraktion an sich, war natürlich die Hüpfburg für die Kleinen, die musste aus Grünau abgeholt werden. Ebenfalls aus Sörens umfangreichen Lager kamen die Shlush-Maschine, Zuckerwatte- und Popcorn-Maschine. Zwei zusammenklappbare Grills waren angeschafft worden, für Bratwürste und vegane Bratwürste. Glücksrad, Seifenblasen-Spaß, Mini-Fußballtore, der Schmink-Stand, natürlich die Gasflasche für die Helium-Ballons, der Tisch für die selbstbemalten Buttons und der Kuchenstand wollten aufgestellt, bestückt und betrieben werden. Was man nicht vorbereiten kann, ist das Wetter. Aber die Fleißigen dürfen sich was wünschen – und siehe da, auch diese Komponente funktionierte optimal.

Kurz nach 15:00 Uhr füllte sich die Wiese schnell mit hunderten Kindern, vor allem kleineren Kindern, und ihren Eltern. Es herrschte ein fröhliches Durcheinander, denn die Kleinen verteilten sich ganz automatisch an den einzelnen „Stationen“ und suchten irgendwann den nächsten Stand auf. Trotzdem blieb Gelegenheit zu Gesprächen mit den Eltern, wir verteilten Flyer zur Einstimmung auf den bevorstehenden Wahlkampf für Skadi, die auch persönlich angesprochen werden konnte – wenn sie nicht gerade mit der Zuckerwatte beschäftigt war. Fast 100 Unterschriften für den Bürgereinwand zum Mietwucher konnten eingesammelt werden. Nicht für die Kleinen, sondern deren Eltern, war auch der extra Pavillon mit der Sonderausstellung, die sich sehr informativ mit dem Thema Faschismus und AfD auseinandersetzte – auf eine wirklich anspruchsvolle und ansprechende Art, die auch gut angenommen wurde.

Danke an alle, die zum Erfolg beigetragen haben, und insbesondere diejenigen, die bis in die Dunkelheit alles abgebaut, weggefahren und wieder eingelagert haben.

Fotos: Privat



Schluß mit der strukturellen Unterfinanzierung Leipzigs durch Bund und Land

Rede von Stadtrat Dr. Volker Külöw zur Vorlage „Überplanmäßige Aufwendungen 2026 im Sozialbereich“ (Beschlussvorlage Nr., VIII-DS-03149) in der Ratsversammlung vom 2. September 2026

Volker Külöw Mit unschöner Regelmäßigkeit kommt jährlich diese Vorlage dem Leipziger Stadtrat auf den Tisch. Sie wird zumeist schulterzuckend vom Stadtrat als notwendiges Übel durchgewunken und es wird schnell zum nächsten Tagesordnungspunkt übergegangen. Wer über ein gutes Gedächtnis verfügt, kann sich aber vielleicht daran erinnern, dass unsere Fraktion diese Routine im letzten Jahr durchbrochen hat. In der entsprechenden Debatte hier im Haus am 29. Oktober 2025 bekam nach meiner Rede Stadtrat Sven Morlok Schnappatmung. Dabei hatte ich nur aus der damaligen Vorlage – vor einem Jahr ging es „lediglich“ um 26,2 Mio. Euro Mehrausgaben – zitiert, in der zur Kostendeckung stand: „Da weder Bund noch Land sich an den Kosten beteiligen, stehen den Mehraufwendungen keinerlei Mehrerträge gegenüber. Die Stadt Leipzig muss diese Aufwendungen vollständig aus eigenen Mitteln über einen Kassenkredit finanzieren. Die Netto-Aufwendungen im Sozialbereich betragen gemäß V-Ist zum 30.06.2025 rund 352,8 Mio. Euro (inkl. KSV-Umlage). Es handelt sich um Pflichtaufgaben ohne jegliche Finanzierungsbeitragung durch Bund oder Land. Diese erhebliche Belastung für die Stadt Leipzig ist kaum noch zu bewältigen, ohne dass Aufgaben in anderen Bereichen gekürzt werden oder wegfallen müssen.“

Für diese Offenheit und Ehrlichkeit habe ich damals der Verwaltung gedankt. Und diese Anerkennung wiederhole ich heute gern, auch wenn diesmal die Kritik an Bund und Land etwas behutsamer ausfällt, obwohl von den 59,4 Mio. Euro überplanmäßige Aufwendungen diesmal sogar 48,5 Mio. Euro von der Stadt vollständig aus eigenen Mitteln finanziert werden müssen. Weniger

Dank darf die Verwaltung dafür erwarten, dass leider immer wieder von ihr unrealistische Planansätze festgelegt werden, die sich zu wenig an den tatsächlichen Fallzahlen und der Kostenentwicklung orientieren. Der Kämmerer hat dafür den euphemistischen Begriff der „Hoffnungsbuchung“ kreiert – damit sollte endlich Schluss sein.

Das eigentliche Ärgernis an dieser Vorlage – der wir aus sozialer Verantwortung für die Menschen in unserer Stadt selbstverständlich zustimmen – steht nüchtern zwischen den Zeilen: Bei über 48 Mio. Euro dieser Summe gibt es keinerlei Kostenbeteiligung von Bund oder Land. Diese Leistungen sind Pflichtaufgaben für Menschen in Notlagen nach SGB II, SGB IX, SGB XII sowie Bundeskindergeldgesetz (BKGG) und Wohngeldgesetz (WOGG), die von Bundes- und Landesgesetzgebern beschlossen, aber von der Kommune allein finanziert werden, über einen Kassenkredit, also auf Pump. Das ist keine Leipziger Ausgabenwut, das ist strukturelle kommunale Unterfinanzierung, die uns Jahr für Jahr die Handlungsfähigkeit in allen anderen Bereichen einschränkt – wir erleben es doch gerade live u.a. mit ASK (Aufgaben- und Strukturkonsolidierung), HSK (Haushaltsstrukturkonzept) und massivem Stellenabbau.

Die faktische Verdopplung der Zahlen von 2025 auf 2026 wundert uns ehrlich gesagt kaum. Ist doch der Stadtrat erst seit Juli 2026 durch hartnäckiges Nachfragen der Linksfraktion bezüglich der „Auswirkungen der übertragenen Aufgaben von Bund und Land auf den Haushalt der Stadt Leipzig“ – so war unsere entsprechende Anfrage überschrieben – endlich dank der Antwort zumindest partiell etwas besser im Bilde als

bisher. Vielleicht hat nicht jeder hier Im Saal die dort enthaltene Tabelle zu den Pflichtleistungen des Sozialamtes im Jahr 2025 gelesen. Es gibt in der Dachzeile dieser umfangreichen Zusammenstellung eine einsam stehende Zahl mit einem Minus davor: es ist die saldierte Differenz zwischen Erträgen und Aufwendungen; diese Zahl beträgt sage und schreibe 418.883.311 Euro. Ich hatte in der letzten Sitzung des Sozialausschusses explizit nachgefragt, ob diese Summe die nicht gedeckten Mehrausgaben der Stadt bei den durch Bund und Land zugeordneten gesetzlichen Pflichtleistungen abbildet – die Antwort: sie tut es!

Diese Riesensumme ist ein Skandal und weist auf das Komplettersagen der herrschenden Politik bezüglich der Einhaltung des verfassungsrechtlich fixierten Konnexitätsprinzips. Man kann die Zahl von fast 419 Mio. Euro noch aus einem anderen Grund nicht oft genug wiederholen. Permanent melden sich hier im Hause mit oberlehrerhafter Attitüde Stadträte zu Wort, die erklären, dass die Stadt Leipzig angeblich über ihre Verhältnisse lebt. Diese falsche These wird durch beständiges Wiederholen nicht richtiger: das sage ich vor allem in Richtung desjenigen, der sich jetzt anschickt, OBM dieser Stadt zu werden und dessen Partei seit vielen Jahren die Finanzpolitik in Berlin und Dresden maßgeblich prägt.

Für die Linksfraktion ist unsere Forderung weiterhin klar und unmissverständlich: Bund und Land müssen die Kommunen endlich angemessen und auskömmlich ausstatten und ihre massive strukturelle Unterfinanzierung beenden. Wir brauchen vor Ort die Stärkung des Sozialstaates und den Ausbau der kommunalen Handlungsfähigkeit statt deren weiteren Abbau durch explodierende Rüstungskosten. Wer diese einfache Logik nicht begreift, treibt gewollt oder ungewollt dieses Land immer weiter nach rechts in Richtung Abgrund. Dieser verhängnisvollen Entwicklung wird sich Die Linke weiterhin mit aller Kraft entgegenstellen!



Veranstaltungen zum Ausbildungsprogramm der Aufbauheld*innen

Die Aufbauheld*innen stehen für praktische Solidarität, politische Bildung und gemeinschaftliches Engagement.

Bei unseren Veranstaltungen geht es nicht nur um Diskussionen, sondern ums Anpacken: Durch Workshops, Weiterbildung und Kompetenztraining – wir verbinden Theorie mit Tatkraft. Gemeinsam schaffen wir Räume für Vernetzung, Wissensaustausch und Empowerment. Wir bilden aus:

- Kandidat*in
- Aktivist*in
- Planer*in
- Bildner*in



Mehr Infos und weitere Workshops findest du unter: <https://gleft.de/6nk>

Ein sicherer Hafen darf kein leeres Versprechen sein

Jule Nagel Leipzig erneuert die Patenschaft für das Seenotrettungsschiff „Lifeline SAR“ und beschließt Schritte zur praktischen Unterstützung der zivilen Seenotrettung

Im Mittelmeer entscheidet sich immer wieder über Leben und Tod. Menschen, die vor Krieg, Verfolgung, Gewalt oder Perspektivlosigkeit fliehen, setzen sich auf seeuntüchtige Boote und überqueren eine der gefährlichsten Fluchtrouten der Welt. Viele erreichen nie das andere Ufer. Im Jahr 2025 starben weltweit mindestens 7.667 Menschen auf Migrationswegen oder gelten als vermisst. Allein im Mittelmeer kamen fast 2.200 Menschen ums Leben. Hinter diesen Zahlen stehen Menschen. Familien. Kinder. Menschen mit Hoffnungen, Ängsten und Geschichten. Kein Mensch sollte auf der Flucht sterben müssen. Und trotzdem ist genau das seit Jahren Realität. Europa schottet sich ab, anstatt sichere Fluchtwege zu schaffen. Staatliche Seenotrettung gibt es im Mittelmeer seit dem Ende der italienischen Mission Mare Nostrum 2014 nicht mehr. Dabei ist die Rettung von Menschen in Seenot nicht nur eine Frage der Menschlichkeit, sondern auch eine völkerrechtliche Verpflichtung.

Die Antwort der Europäischen Union ist zunehmend eine andere: Abschottung, Abschiebungen, Inhaftierungen und sogenannte Rückkehrzentren in Drittstaaten. Mit dem Gemeinsamen Europäischen Asylsystem (GEAS) werden weitere Verschärfungen derzeit umgesetzt. Während die

europäischen Außengrenzen immer stärker militarisiert und Menschenrechte ausgehöhlt werden, wird zivile Seenotrettung kriminalisiert und behindert. Doch dagegen gibt es Widerstand, auch von Kommunen. Bereits 2017 hat der Stadtrat auf Initiative der Linken beschlossen, dass Leipzig ein „Sicherer Hafen“ für aus Seenot gerettete Menschen ist. 2020 folgte der Beitritt zum Bündnis „Städte Sicherer Häfen“, in dem sich inzwischen hunderte Kommunen für eine humanistische Migrationspolitik engagieren. Damals übernahm Leipzig auch eine Patenschaft für das Seenotrettungsschiff „Rise Above“ der sächsischen Organisation Mission Lifeline. Dieses Schiff existiert inzwischen nicht mehr. Die Patenschaft ist damit ins Leere gelaufen.

Mit einer Petition forderte die Initiative Leipziger Seebrücke darum, die Patenschaft auf das neue Schiff von Mission Lifeline, die „Lifeline SAR“, zu übertragen und die zivile Seenotrettung auch praktisch zu unterstützen. Denn der „sichere Hafen“ darf nicht nur ein Label sein. Als Fraktion haben wir in enger Abstimmung mit der lokalen Seebrücke einen Vorschlag erarbeitet, der die Forderungen der Petition aufgreift und konkretisiert. Dieser erhielt in der Stadtratsitzung Anfang September eine Mehrheit. Neben der Übernahme der Patenschaft soll

die Stadt öffentlichkeitswirksame Spendenaktionen durchführen und prüfen, ob diese Spenden von Bürger*innen verdoppelt werden können. Doch die Verantwortung endet nicht an den Grenzen unserer Stadt. Darum beauftragten wir den Oberbürgermeister, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass sie sich für sichere und legale Fluchtwege, eine menschenwürdige europäische Asylpolitik und eine staatlich organisierte Seenotrettung einsetzt.

Der Beschluss, der von einer Kundgebung der Seebrücke und Mission Lifeline begleitet wurde, ist damit ein wichtiger politischer Kontrapunkt zur restriktiven und repressiven Migrations- und Asylpolitik in Bund und Europa – und zur zunehmend flüchtlingsfeindlichen Stimmung in unserer Gesellschaft. Damit ist es aber nicht getan. Der Beschluss entbindet uns nicht davon, auch im Alltag gegen Rassismus zu streiten, Geflüchtete zu unterstützen und geplante Kürzungen bei Integration und Teilhabe zu bekämpfen. Die Petition der Leipziger Seebrücke hat Druck gemacht uns daran erinnert, dass ein „Sicherer Hafen“ mehr sein muss als ein Beschluss auf dem Papier. Mit unserem Wohlstand können wir Menschenleben retten – weil jedes Leben zählt!

Aufruf: Wir sammeln haltbare Lebensmittel für das Frauen*- und Kinderschutzhaus Leipzig

Jule Nagel Das Frauen*- und Kinderschutzhaus Leipzig bietet Frauen* und ihren Kindern in schwierigen Situationen Schutz und Unterstützung. Damit auch bei einer kurzfristigen Aufnahme – etwa nachts oder am Wochenende – eine Grundversorgung sichergestellt ist, werden haltbare Lebensmittel benötigt. Gesammelt wird das, was im Folgenden aufgeführt ist:

- Nudeln, Reis, Couscous, Tomatensauce, Pesto, Öl
- Milch, Müsli, Tee, Kaffee, Aufstriche
- Dosen und Konserven, Tütensuppen, Knäckebröt, Kekse und Kracker
- Babybrei, Babymilch bzw. Milchpulver, Quetschies

Bitte ohne Schweinefleisch.

Du kannst deine Spenden im linXXnet, Brandstraße 15 (diens-tags bis donnerstags 10:00 bis 18:00 Uhr, freitags 10:00 bis 15:00 Uhr) abgeben.

Wir sammeln die Lebensmittel vor Ort und geben sie an das Frauen*- und Kinderschutzhaus weiter.

Jede Spende hilft. Danke für eure Unterstützung!

HALTBARE LEBENSMITTEL GESUCHT!

FÜR DAS FRAUEN*- UND KINDERSCHUTZHAUS LEIPZIG

♥ Nudeln, Reis, Couscous, Tomatensauce, Pesto, Öl

♥ Milch, Müsli, Tee, Kaffee, Dosen/Konserven, Aufstriche

♥ Kekse, Kracker, Knäckebröt, Tütensuppen

♥ Babybrei, Babymilch/Milchpulver, Quetschies ...

SPENDEN ABGEBEN IM linXXnet, Brandstraße 15, 04277 Leipzig

Wir sammeln vor Ort und geben die Lebensmittel an das Frauen*- und Kinderschutzhaus weiter.

LQEG für stadtweiten Fernwärmeausbau unverzichtbar

Siegfried Schlegel Eine Stadtratsmehrheit lehnte am 3. September den CDU-Antrag gegen die Für-Stimmen von CDU und AfD zur Auflösung der erst kürzlich gegründeten Leipziger Quartiersentwicklungs-Gesellschaft (LQEG) ab. Unabhängig von einem Gesellschaftssystem hat sich bei großräumlichen Bauvorhaben eine solche öffentliche Gesellschaft bewährt. Ohne die Hauptauftraggeber und den Generalauftragnehmer Baukombinat sowie den Hauptauftragnehmer Verkehrs- und Tiefbaukombinat (VTK) für die verkehrliche und stadttechnische Erschließung sowie den Freiflächenbau für die Grünflächengestaltung wie in Grünau oder Paunsdorf hätten diese Großwohnsiedlungen niemals innerhalb weniger Jahre realisiert werden können. Einen Hauptauftraggeber wie die LQEG braucht es neben den bauausführenden Stadtwerken mit Partnern auch für die Steuerung und Überwachung, der Fernwärmeerschließung im Modellgebiet westlicher Teil der Südvorstadt von der Planung bis zur Realisierung. Dieser hat auch die unverzichtbare Beteiligung der Anwohner und Gebäudeeigentümer /-verwalter zu

organisieren. Anschließend soll die LQEG auch die langfristig angelegte Umsetzung des inzwischen durch den Stadtrat ebenfalls beschlossenen Wärmeplanungskonzeptes zur Fernwärmeversorgung für die Gesamtstadt organisieren. Mit dem Beschluss wurde der Weg freigemacht, anschließend auch die Vertreter/-innen der Stadt Leipzig in den Aufsichtsrat der LQEG zu wählen und zu entsenden. Damit kann mittel- bis langfristig auf ein parallel vorhandenes Gasnetz zur Energieversorgung verzichtet werden.

Die Ablösung soll auf freiwilliger Basis erfolgen. In Kraft-Wärme-Kopplung erzeugte Fernwärme ist effizienter und damit ebenso für die Nutzer preiswerter. Befremdlich stimmt für Fachleute, wenn Stadträte, die im Bausektor tätig sind, dafür eintreten, dass neben Fernwärme auch der Gasversorgung das Wort geredet wird. Dabei erfordert eine sogenannte „mehrschienige Energieversorgung“ parallele Netze, die errichtet und unterhalten werden müssen und das in mitunter engen Straßenräumen. Bei einer Verwendung von Strom auch zu Wärmeerzeu-

gung, (einschienige Versorgung) bedürfte es nur eines Netzes, ist aber gegenüber der Fernwärme nicht so effizient und derzeit nicht bezahlbar.



Seit jeher hat die Fürsorge für ältere Menschen, insbesondere den Stellenwert. als Nachfolgerin des bisherigen Eigenbetriebes ist eine selbstverantwortliche gemeinnützige GmbH der Stadt Leipzig. Sie lässt die Wohnungen für Seniorinnen und Senioren auch in der Innenstadt gerichtetes, soziales, öffentliches Unternehmen, das nicht nur durch einen Aufsichtsrat, bestehend aus Arbeitnehmervertretern

Stadtratsnotizen

Siegfried Schlegel Bericht vom Stadtratsgeschehen aus dem letzten Monat

Dringliche Anfrage der Linken zu Rüstungsproduktion

Ende August sickerte über die Medien durch, dass sich ein Rüstungsunternehmen in einem ehemaligen Gewerbegebiet im Leipziger Norden ansiedeln will. Aktuelle Beispiele aus dem internationalisierten ukrainischen Bürgerkrieg zeigen, dass bei Angriffen auf Produktion und Logistik in urbanen Quartieren unweigerlich auch Zivilisten betroffen sind. Zu Beginn der Ratsversammlung verkündete der Oberbürgermeister, dass er im Bericht des OBM die Dringliche Anfrage mit 13 Fragen antworten werde. Dadurch musste nicht über die Aufnahme in die Tagesordnung abgestimmt werden. OBM Jung informierte, dass ein Start-up Convent-Rüstungsunternehmen eine Produktionsstätte für Militärtechnik etablieren möchte. Die Linke Leipzig lehnt jedwede Ansiedlung kriegsdienlicher Unternehmen ab, auch wenn damit argumentiert wird, dass kein Sprengstoff direkt vor Ort eingebaut werden soll. Darauf wird in kriegserischen Auseinandersetzungen keine Rücksicht genommen, auch interessiert nicht, ob sie zur Verteidigung oder Angriff verwendet werden. Jung informierte, dass Ende vergangenen Jahres eine anonyme Anfrage

bei der stadt- und landkreiseigenen Gesellschaft Region eingegangen war. Dabei geht es nicht um eine Ansiedlung auf städtischer Fläche, sondern um eine private Logistikhalle. Auch gibt es keine förmliche Bauvoranfrage. Jung merkte an: „Natürlich wären wir im Ernstfall ein Ziel, aber das sind wir doch jetzt schon.“ Mittelbar verwies er auf den Drohnenvorfall auf dem den Flugplatz Leipzig-Halle. Dieser dient seit Jahren schon als Drehkreuz für kriegerische Auseinandersetzungen. Obwohl bisher keine klaren Beweise vorgelegt wurden, spricht Bundeskanzler Merz von einer russischen Provokation. Bedenklich auch die Haltung der SPD-Fraktion, die sich die Merz-Argumentation zu eigen gemacht hat. Wenn SPD-Stadtrat Andreas Geisler bei der Rüstung von Wertschöpfung und Arbeitsplätzen redet, wird negiert, dass durch Rüstungsprodukte ein Vielfaches davon vernichtet wird. Hinzu kommt menschliches Leid durch Tode und Verletzte. Vor der Ratsversammlung hatten sich einig hundert Menschen zum Protest gegen Kriegsproduktion auf dem Rathausvorplatz zu einer Kundgebung versammelt.

Überplanmäßige Sozialausgaben

Der Stadtrat beschloss gegen die Stim-

men der CDU und Enthaltung der AfD eine eilbedürftige Vorlage für überplanmäßige Aufwendungen nach §79 Sächsische Gemeindeordnung für Sozialleistungen z.B. zur Sicherung des Existenzminimums für Menschen, die ihren Lebensunterhalt nicht aus eigenen Kräften bestreiten können, für Arbeitssuchende, für Eingliederungshilfen, Kinderzuschläge, Bildungs- und Teilhabeleistungen oder für Anspruchsberechtigte nach Wohngeldhilfegesetz sowie Sozialumlage an den Kommunalen Sozialverband zur Auszahlung. Die 59 Mio. Euro werden vorrangig zur Pflege eingesetzt. In der Debatte wurde hervorgehoben, dass die Kommunen 25% der Sozialleistungen finanzieren müssen, aber nur 14% von Bund und Land erstattet bekommen.

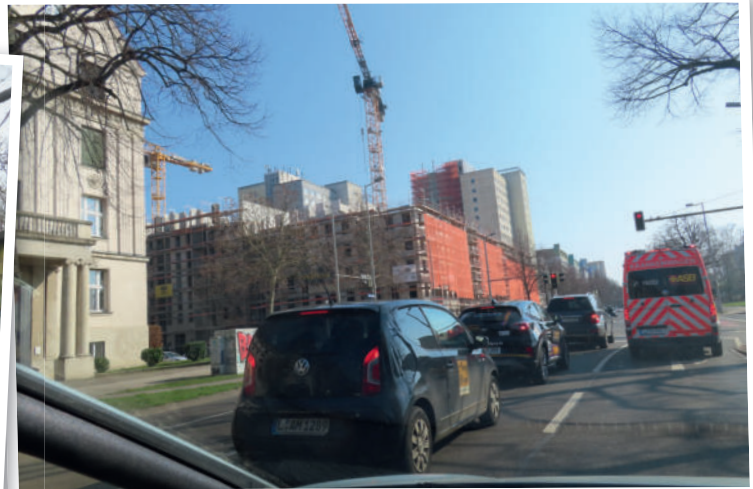
Anträge aus SBB Ost beschlossen

Mit großer Mehrheit beschloss der Stadtrat zwei Anträge aus dem Stadtbezirksbeirat (SBB) Ost. Entgegen dem Verwaltungsstandpunkt, der die Haltestellensicherung in der Ostheimstraße als bereits berücksichtigt bezeichnete, beschloss der Stadtrat den Ursprungsantrag, der die ausstehende Umsetzung fordert. In der Fassung des Verwaltungsstandpunktes beschloss der Stadtrat

Fotos: Siegfried Schlegel



Eine Mietergenossenschaft lässt in der Wolfgang-Heinze-Straße einen Wohnungsneubau errichten und erhielt den Zuschlag für das Grundstück in Erbpacht für 99 Jahre, weil sie davon 50% sozialgebundene Wohnungen errichten lässt.



Die Leipziger Wohnungs- und Baugesellschaft lässt in der Straße des 18. Oktober Ecke Johannisallee neben zwei unternehmenseigenen Punkthochhäusern PH 16 Neubauwohnungen in Blockrandbebauung mit Sozialwohnungsanteil errichten.



besondere für Pflege- und Betreuungsbedürftige, bei uns in Leipzig einen festen Betriebes der städtischen Altenpflegeheime wurde 2004 die SAH Leipzig gGmbH in der Stadt gegründet. An der Ecke August-Bebel- / Richard-Lehmann-Straße auch mit Betreuungsangeboten errichten Die SAH gGmbH ist ein regional aus nicht gewinnorientiert arbeitet. Die Wahrung der öffentlichen Interessen wird nvertretern und Stadtratsmitgliedern gewährleistet.



Wie in anderen Stadtteilen werden auch an der Antonienstraße Neubauwohnungen im Stadtteil Kleinzschocher errichtet

die Mittelfreigabe für den Aktionsfond der Eisenbahnstraße.

Anträge von Fraktionen und Stadträten beschlossen

Der Stadtrat beschloss auf Vorschlag der Verwaltung eine Neufassung des Antrags von CDU, SPD und Bündnis 90/Grüne zur Prüfung der Verlegung der Gedenkstätte für Opfer der Gewaltherrschaft an einen prominenteren Standort auf dem Südfriedhof.

Keine Bebauungsänderung auf dem Wilhelm-Leuschner-Platz

Abgelehnt wurde der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Grüne zum „Erhalt eines stadt-bildprägenden Silberhorns“, Dessen Erhalt hätte Einfluss auf den Bau des Naturkunde-museums im ehemaligen Bowlingzentrums sowie eines Bauvorhabens der Juristischen Fakultät der Universität gehabt. Seit Jahrzehnten hat Leipzig gute Erfahrungen mit Wettbewerben und Bürgerbeteiligung zum Städtebau und der Gestaltung von wichtigen Bauvorhaben in der Innenstadt, aber auch für Standorte im gesamten Stadtgebiet gemacht, so auch zum Städtebau auf dem Wilhelm-Leuschner-Platz. Dies wird immer

wieder auch von in- und ausländischen Gästen wahrgenommen und Leipzig wird wegen seiner Attraktivität gerühmt. Dass auch groß- und kleinräumige Bestands- sowie neu angelegte Grünanlagen eine wichtige Rolle spielen, ist in Leipzig spätestens seit 150 Jahre gelebte Praxis. Davon kann man sich auch in vielen Stadtteilen einschließlich der Großwohnsiedlungen überzeugen. Kaum jemand dürfte auf die Idee kommen, die Stadtmauer, um das Zentrum wieder errichten zu wollen. Wohnen und Leben sind die Hauptfunktionen, die einst aus Siedlungen Städte werden ließen. Deshalb sollen auch in kompakten Stadtquartieren mehr kleinräumige Grünflächen entstehen. Dafür wird bei Neubauten auch auf Stapelung von Funktionen und höhere Geschossigkeit in angemessener Höhe orientiert.

Milieuschutzsatzungen durch Hintertür unterlaufen?

Die CDU hatten einen Antrag zur „Anpassung Milieuschutzsatzungen zur Nutzbar-machung von Wohnungen“ gestellt. Dies bürgt aber die Gefahr des Unterlaufens des Erhalts des sozialen Charakters in Milieuschutzgebieten mit einem breiten Angebot an bezahlbaren Wohnungen hinsichtlich

Größe und bei Verzicht auf Luxusausstattung aber mit zeitgemäßem Standard. Stattdessen beschloss der Stadtrat bei nur einer Enthaltung für die Wohnquartiere mit Milieuschutzsatzungen immer eine Einzelfallprüfung, beispielsweise für einen Badeinbau in einer Wohnung durchzuführen.

Spüren durch mehr Bürokratie

Zu Beginn der Ratsversammlung war durch Finanzbürgermeister Torsten Bonew und Verwaltungsbürgermeister Ulrich Hörning der Doppelhaushalt 2027 und 2028 eingebracht worden. So sollen, bei Verzicht auf Entlassungen, 500 Personalstellen auch durch Abbau von Bürokratie abgebaut werden. Trotzdem stellte die CDU ihren Antrag zur Erweiterung des Prüfkatalogs zur Abstimmung. Das hätte zur Folge, dass auch die zusätzlichen Prüfungen in allen Vorlagen durchgeführt und dokumentiert werden müssen. Da in den Fachausschüssen Vorlagen generell in zwei Lesungen behandelt werden, ist es unkompliziert vorlagenbezogen auf Verlangen einzelne zusätzliche Prüfungen durchzuführen. Die Mehrheit des Stadtrates folgte deshalb dem Ansinnen nicht.



Bildunterschrift: Bundesarchiv, B 285 Bild-14676 / Autor/-in unbekannt / CC-BY-SA 3.0

Kapitalismuskritik braucht keine Verklärung der DDR

Jessica Herrmann (SBV Süd) In den vergangenen Wochen haben sich Genoss*innen aus dem Umfeld der Linksjugend Nordstern in den sozialen Medien zur DDR, zu ihrer Geschichte und zu der Frage geäußert, wie Linke heute auf diesen Staat zurückblicken sollten. [1] Dabei wurde unter anderem argumentiert, dass die DDR angesichts ihrer sozialen Errungenschaften, ihrer internationalen Solidarität und im Vergleich zur kapitalistischen Bundesrepublik zu einseitig als Unrechtsstaat betrachtet werde. Kritisiert wurde außerdem, dass die Auseinandersetzung mit der DDR innerhalb der Linken teilweise dazu genutzt werde, marxistische Positionen zu delegitimieren.

Ein Teil dieser Kritik trifft berechnete Punkte. Die kapitalistischen Verhältnisse in der Bundesrepublik produzieren Unfreiheit. Wer kein Geld besitzt, ist auf dem Papier frei und kann praktisch trotzdem kaum über sein Leben bestimmen. Auch die Kritik an der westdeutschen Außenpolitik, an der selektiven Erinnerungskultur und an der Abwertung ostdeutscher Erfahrungen ist notwendig. Ebenso wenig sollte die Geschichte der DDR auf Mauer, Staatssicherheit und politische Repression reduziert werden. Zu ihr gehö-

ren soziale Errungenschaften und Formen internationaler Solidarität, die benannt und gewürdigt werden können.

Problematisch wird es dort, wo daraus eine einseitige Gegenüberstellung entsteht. Wenn das Unrecht der Bundesrepublik ausführlich und grundsätzlich kritisiert, das Unrecht der DDR dagegen relativiert, historisch entschuldigt oder ausgeblendet wird, entsteht keine differenzierte Geschichtsbeurteilung. Die Opfer westlicher Politik werden berechtigterweise sichtbar gemacht, während die Opfer der DDR-Diktatur aus dem Blick geraten.

Wessen Mütter, Väter und Kinder?

Ein Argument, das in dieser Debatte vorgebracht wurde, lautet sinngemäß: Wer die DDR verurteilt, rede damit auch die Generation unserer Eltern und Großeltern schlecht, die in diesem Staat gelebt, gearbeitet und zum Teil an seine gesellschaftlichen Ideale geglaubt haben.

Das überzeugt mich nicht. Die DDR als Staat zu kritisieren bedeutet nicht, die Lebensleistungen unserer Eltern und Großeltern schlechtzureden. Millionen Menschen ha-

ben in der DDR gearbeitet, Kinder großgezogen, Angehörige gepflegt, Nachbarschaften aufgebaut und sich gegenseitig solidarisch unterstützt. Vieles davon verdient Anerkennung. Diese Menschen sind nicht mit der SED, dem Ministerium für Staatssicherheit oder dem Grenzregime gleichzusetzen. Wer einen Staat kritisiert, verurteilt nicht automatisch seine gesamte Bevölkerung.

Die Gleichsetzung von Staatskritik und der Abwertung der eigenen Herkunft macht aus einer politischen Frage schnell eine Loyalitätsprüfung. Wer die DDR kritisiert, steht dann unter dem Verdacht, die eigene Familie, die eigene ostdeutsche Geschichte oder die Erfahrungen früherer Generationen abzulehnen. So wird eine sachliche Debatte unnötig erschwert.

Außerdem muss gefragt werden: Was ist mit den anderen Müttern und Vätern? Was ist mit ihren Kindern? Was ist mit den Familien politisch Inhaftierter? Den Menschen, die überwacht, eingeschüchert oder aus ihren Berufen gedrängt wurden? Was ist mit denen, deren Angehörige bei einem Fluchtversuch erschossen wurden? Was ist mit den Jugendlichen, die in Spezialheime und

Jugendwerkhöfe eingewiesen wurden, weil sie als unangepasst galten? Für die Zeit von 1949 bis 1989 geht die historische Aufarbeitung von ungefähr 200.000 politischen Gefangenen in der DDR aus. Zwangsarbeit war ein fester Bestandteil des Strafvollzugs. Gefangene, darunter politische Häftlinge, mussten teilweise unter gefährlichen Bedingungen für DDR-Betriebe und für die Produktion von Exportwaren arbeiten. Das Bundesarchiv dokumentiert, dass rund 250 Betriebe Häftlinge einsetzten und dass unter anderem Werkzeug, Maschinenteile, Schuhe und Elektroprodukte für den Westexport hergestellt wurden. Dass westliche Unternehmen davon profitierten, gehört ebenfalls zu dieser Geschichte. Es entlastet aber nicht den Staat, der Menschen einsperrte und ihre Arbeitskraft ausbeutete. [2]

Die Staatssicherheit ging zudem mit der Methode der „Zersetzung“ gegen oppositionelle und unangepasste Menschen vor. Dabei sollten Beziehungen zerstört, berufliche Möglichkeiten blockiert, Selbstvertrauen untergraben und Betroffene psychisch destabilisiert werden. Die Folgen politischer Haft und Zersetzung reichen bei vielen Betroffenen bis in die Gegenwart. [3]

Auch Kinder und Jugendliche waren staatlicher Gewalt ausgesetzt. In den Spezialheimen und Jugendwerkhöfen der DDR wurden junge Menschen diszipliniert, gedemütigt und zur Arbeit gezwungen. In den Geschlossenen Jugendwerkhof Torgau konnten Jugendliche wegen Schulverweigerung, Flucht aus einem Heim, angeblicher „Schwererziehbarkeit“, westlicher Kleidung oder politischer Äußerungen eingewiesen werden. Das war kein Randphänomen außerhalb des Systems, sondern Teil der staatlichen Jugendhilfe. [4]

Wer von „unseren Müttern und Vätern“ spricht, darf diese Menschen nicht aus der gemeinsamen Geschichte herausstreichen. Auch sie waren unsere Eltern, Großeltern, Geschwister und Nachbar*innen.

Zur sozialen Unfreiheit

Ein weiterer Punkt der Debatte betrifft die Frage, was Freiheit in einer kapitalistischen Gesellschaft überhaupt bedeutet. Dabei wurde darauf verwiesen, dass formale Freiheitsrechte wenig wert sein können, wenn Menschen aufgrund von Armut, Wohnungsnot oder wirtschaftlicher Abhängigkeit kaum reale Entscheidungsmöglichkeiten besitzen. Diese Kritik ist nicht aus der Luft gegriffen. Wohnungslosigkeit, Niedriglöhne, steigende Mieten und eine extrem ungleiche Vermögensverteilung sind reale Folgen einer Gesellschaft, in der Eigentum Macht verleiht.

Ende Januar 2026 waren in Deutschland rund 452.900 Menschen wegen Wohnungslosigkeit untergebracht. Im April 2025 ge-

hörten etwa 6,3 Millionen Beschäftigungsverhältnisse zum Niedriglohnsektor. Nach den Daten der Bundesbank besaßen die vermögendsten zehn Prozent der Haushalte 2021 ungefähr 56 Prozent des gesamten Nettovermögens, während die vermögensärmere Hälfte nur rund drei Prozent besaß. Diese Verhältnisse sind Ausdruck einer Klassengesellschaft, in der das Wort „ungleich“ fast eine Untertreibung ist. Die einen verfügen über enormen Reichtum, während andere wortwörtlich von der Hand in den Mund leben.

Es ist deshalb richtig zu sagen: Ein Mensch, der zwischen Essen, Miete und Stromrechnung wählen muss, ist nicht frei. Eine alleinerziehende Mutter, die mehrere Jobs benötigt, besitzt weniger Entscheidungsmöglichkeiten als jemand, der von Mieteinnahmen und Kapitalerträgen lebt. Der Kapitalismus verspricht individuelle Freiheit und organisiert zugleich die Abhängigkeit der großen Mehrheit von Lohnarbeit, Vermieter*innen und Eigentümer*innen.

Zudem müssen wir uns heute fragen, ob demokratische Beteiligung zunehmend simulativ wird. Demokratische Verfahren und Beteiligungserfahrungen bleiben erhalten, während wesentliche Machtverhältnisse und politische Handlungsspielräume kaum berührt werden. Menschen dürfen protestieren und werden angehört, aber Eigentumsverhältnisse, Konzernmacht und ökonomische Zwänge bleiben weitgehend unangetastet. Diese Diagnose sollte man ernst nehmen. Daraus folgt aber nicht, dass politische Freiheitsrechte bedeutungslos wären.

Das Recht, sich zu organisieren, unabhängige Medien zu gründen, eine Regierung abzuwählen oder Parteien zu wechseln, reicht für eine wirklich emanzipatorische Gesellschaft nicht aus. Es ist aber auch nicht nichts. Formale und soziale Freiheit dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Wir brauchen beides: politische Demokratie und die Demokratisierung der Wirtschaft, individuelle Freiheitsrechte und kollektive Verfügung über gesellschaftliche Lebensbedingungen.

Vor allem aber braucht eine Kritik der Bundesrepublik die DDR nicht als positives Gegenbild. Denn auch in der DDR gab es soziale Probleme. Wohnungslosigkeit war dort seltener als in der Bundesrepublik, unter anderem wegen der staatlichen Wohnungszuteilung und der geltenden Arbeitspflicht. Sie existierte dennoch. Wohnungslose Menschen konnten als „asozial“ eingestuft werden; der Vorwurf, sich einer geregelten Arbeit zu entziehen, konnte nach § 249 des DDR-Strafgesetzbuches zu Arbeitserziehung oder Haft führen. Die geringe Sichtbarkeit von Wohnungslosigkeit war nicht allein das Ergebnis einer besseren Wohnungsver-

sorgung, sondern auch Folge des repressiven Umgangs mit den Betroffenen. [5]

Selbst Ausbeutung war der DDR nicht fremd. Neben der Zwangsarbeit im Strafvollzug zeigen die Erfahrungen ausländischer Vertragsarbeiter*innen die Widersprüche des offiziellen Internationalismus. Vietnamesische Beschäftigte wurden häufig für schwere und schlecht bezahlte Tätigkeiten eingesetzt, in Wohnheimen isoliert und in ihrer privaten Lebensführung kontrolliert. Schwangerschaften konnten für Frauen den Abbruch ihres Aufenthalts bedeuten. [6] Bei mosambikanischen Vertragsarbeiter*innen wurden Teile der Löhne mit Staatsschulden Mosambiks verrechnet. [7]

Auch die DDR war patriarchal geprägt

In der Debatte wurde zu Recht darauf hingewiesen, dass wirtschaftliche Not Frauen in die Sexarbeit drängen kann und ihre formale Freiheit unter solchen Bedingungen schnell zur leeren Floskel wird. Umso auffälliger ist, wenn bei dieser Argumentation die patriarchalen Machtverhältnisse in der DDR ausgeblendet werden.

Zwar verbesserten Berufstätigkeit und staatliche Kinderbetreuung die wirtschaftliche Unabhängigkeit vieler Frauen. Die politische Macht blieb jedoch fast vollständig in den Händen von Männern. Während der gesamten DDR-Zeit gehörte keine Frau dem SED-Politbüro als Vollmitglied an. Frauen erreichten lediglich den Status von Kandidatinnen ohne Stimmrecht. 1984 waren nur vier von 91 Sekretärsposten in den SED-Bezirksleitungen mit Frauen besetzt. Wer über die Freiheit von Frauen spricht, muss auch diese Machtverhältnisse berücksichtigen.

Wir können also Obdachlosigkeit, Ausbeutung und ökonomische Ungleichheit in der damaligen und heutigen Bundesrepublik verurteilen, ohne eine Diktatur als Gegenbild zu benötigen. Mehr noch: Eine glaubwürdige sozialistische Kritik der heutigen Bundesrepublik muss auch dort genau hinschauen, wo Ausbeutung im Namen des Sozialismus organisiert wurde.

Unser Ziel kann nicht die Rückkehr zu einem autoritären Staatssozialismus sein. Es muss eine Gesellschaft sein, in der weder Kapitalbesitz noch eine Parteibürokratie über das Leben der Menschen bestimmen.

Solidarität würdigen, Unrecht benennen

Ein weiterer zentraler Punkt der Äußerungen in Social Media betrifft die internationale Solidarität der DDR. Verwiesen wird dabei unter anderem auf die Unterstützung für Angela Davis, den vietnamesischen Widerstand, den ANC und antikoloniale Befreiungsbewegungen.

Diese Geschichten dürfen und müssen anerkannt werden. Die Solidaritätskampagne

für Angela Davis wurde von der SED organisiert und für die Selbstdarstellung der DDR genutzt, stieß aber zugleich bei vielen Menschen auf echte Begeisterung. Auch die Unterstützung des ANC und anderer Befreiungsbewegungen durch Ausbildung, medizinische Versorgung, Stipendien und materielle Hilfe ist gut dokumentiert. Ebenso gab es in der DDR umfangreiche Solidaritäts- und Blutspendenaktionen für Vietnam.

Einige Behauptungen, die in der aktuellen Diskussion darüber aufgestellt wurden, sind historisch allerdings nicht haltbar. Angela Davis drohte in Kalifornien wegen der gegen sie erhobenen Anklagen die Todesstrafe. Die Gefahr war real und löste international eine breite Solidaritätsbewegung aus. Auch in der Bundesrepublik wurde für ihre Freilassung demonstriert und es entstanden Solidaritätskomitees. Gleichzeitig gingen bundesdeutsche Behörden gegen Menschen aus ihrem Umfeld vor. Das bundesdeutsche Innenministerium veranlasste unter anderem Hausdurchsuchungen bei früheren Freunden von Davis in Frankfurt. Das ist ein berechtigter Anlass, die Rolle der Bundesrepublik in diesem Zusammenhang kritisch zu betrachten. Daraus sollte aber nicht die Behauptung gemacht werden, die Bundesregierung habe Angela Davis' Tod oder ihre Hinrichtung gefordert. Dafür finde ich keinen belastbaren Beleg.

Auch die im Ursprungspost dargelegte Aufzählung afrikanischer und asiatischer Staaten ersetzt keine Analyse. Die DDR leistete medizinische, technische und bildungspolitische Hilfe. Sie unterstützte antikoloniale Befreiungsbewegungen, die von westlichen Staaten lange ignoriert oder bekämpft wurden. Aber ihre Außenpolitik war nicht ausschließlich selbstlose „Hilfe zur Freiheit“. Sie verfolgte wirtschaftliche und geopolitische Interessen und kooperierte auch mit autoritären Regierungen.

Ein besonders deutliches Beispiel ist Äthiopien. Das Mengistu-Regime war eine militärisch-bürokratische Herrschaft, die Terror gegen die eigene, überwiegend linke Opposition ausübte, eine Agrarpolitik mit Zwangsumsiedlungen und Ablieferungspflichten betrieb und einen langen Krieg gegen die eritreische Unabhängigkeitsbewegung führte. Das äthiopische Regime verstand sich selbst als sozialistisch und verfügte über eine reale soziale Basis. Die DDR stand über ein Jahrzehnt an der Seite dieses Staates, mit Militärhilfe, mit Aufbauhilfe für den Sicherheitsapparat und einer engen persönlichen Beziehung zwischen Honecker und Mengistu.

Dieses Beispiel steht nicht allein. Ein Teil der internationalen Unterstützung bestand nicht in klassischer Entwicklungshilfe, sondern im Aufbau und in der Schulung staatlicher Sicherheitsapparate. MfS-Berater

arbeiteten unter anderem in Äthiopien, Mosambik, Angola, Südjemen und Sansibar, schulten Kader, lieferten Ausrüstung und gaben Methoden weiter.

Man kann also sagen, dass die DDR in verschiedenen internationalen Konflikten antikoloniale Bestrebungen unterstützte. Ihre Außenpolitik war dabei aber nicht ausschließlich klassenpolitisch motiviert. Wo Staatsinteresse und Klasseninteresse miteinander kollidierten, erhielt häufig das Staatsinteresse den Vorrang.

Auf der Suche nach diplomatischer Anerkennung war der Charakter der jeweiligen Partnerstaaten keineswegs immer entscheidend. Beziehungen liefen vor allem über Ministerien, Parteizentralen, Gewerkschaftsapparate und Sicherheitsorgane. Autonome Gewerkschaften, Bauernorganisationen, Genossenschaften oder unabhängige linke Parteien spielten dagegen eine deutlich geringere Rolle. Das zeigte sich etwa im Sudan 1971, als Nimeiri die Führung einer der stärksten kommunistischen Parteien Afrikas hinrichten ließ. Auch im Irak wurden ab Ende der 1970er Jahre Kommunist*innen verfolgt, ohne dass dies die Wirtschafts- und Militärbeziehungen zur DDR grundsätzlich beendete.

Der staatlich organisierte Antiimperialismus und Antirassismus der DDR hatte damit einen realen solidarischen Kern, war zugleich aber Teil staatlicher Außenpolitik. Das Solidaritätskomitee war institutionell dem Zentralkomitee der SED unterstellt. Es finanzierte sich aus Spenden, die unter anderem in Betrieben gesammelt wurden. Über dieselben Strukturen liefen zugleich staatliche außenpolitische Interessen, Waffenlieferungen und militärische Ausbildung.

Solidarität war damit nicht nur gesellschaftliches Engagement. Sie war auch verstaatlicht und in die außenpolitischen Interessen der DDR eingebunden. Besonders deutlich wurden die Grenzen des staatlich organisierten Internationalismus nach 1989. Vertragsarbeiter*innen, die jahrzehntelang als Symbol der „Völkerfreundschaft“ präsentiert worden waren, hatten bereits zuvor häufig getrennt von der übrigen Bevölkerung gelebt. Nach dem Ende der DDR wurden viele von ihnen zur Zielscheibe rassistischer Gewalt. Ein staatlich verordneter Antifaschismus allein hatte keine dauerhaft antirassistische oder internationalistische Gesellschaft hervorgebracht.

Die Außenpolitik der DDR lässt sich deshalb nicht von ihren inneren Machtverhältnissen trennen. Ein Staat, der die unabhängige Selbstorganisation der eigenen Arbeiter*innen stark begrenzte, baute auch international vor allem Beziehungen zu Staaten, Ministerien, Parteien und Sicherheitsapparaten auf. Staaten sind keine mo-

ralischen Einheiten. Eine richtige Handlung spricht nicht den gesamten Staat frei. Selektive internationale Solidarität entschuldigt die Verbrechen der DDR nicht. Ihre Verbrechen machen aber auch nicht jede Form der Solidarität wertlos.

Gewalt vergleichen, ohne sie aufzurechnen

Es wurde außerdem behauptet, die DDR habe weniger Gewalt gegen ihre Bürger*innen ausgeübt als die Bundesrepublik heute etwa gegen Teilnehmende palästinasolidarischer Demonstrationen. Dass Polizeigewalt und unverhältnismäßige Einschränkungen palästinasolidarischer Proteste in Deutschland existieren, ist keine Erfindung. Amnesty International berichtet über pauschale Versammlungsverbote, Schmerzgriffe und unverhältnismäßige Gewalt. [8] Human Rights Watch kritisierte für 2024 wiederholte Einschränkungen der Versammlungsfreiheit und häufige übermäßige Gewalt gegen palästinasolidarische Demonstrant*innen. [9] Das muss aufgeklärt und politisch bekämpft werden.

Gewalt darf historisch verglichen werden. Sie darf aber nicht nach dem Muster gegeneinander aufgerechnet werden, dass das Unrecht eines Staates das Unrecht eines anderen aufhebt. Die DDR reagierte keineswegs grundsätzlich friedlich auf Protest. Wo der Alleinherrschaftsanspruch der Partei infrage gestellt wurde, reagierte sie mit Repression und Gewalt. Als sich am 17. Juni 1953 aus Streiks gegen erhöhte staatliche Leistungsvorgaben ein landesweiter Aufstand entwickelte, wurde dieser niedergeschlagen. Es gab Tote und Verletzte, Tausende Menschen wurden verhaftet. [10]

Auch außenpolitisch vertrat die DDR innerhalb des sozialistischen Blocks eine harte Linie. 1956 stand sie in der Entstalinisierungskrise gegen den Aufstand in Ungarn. 1968 befürwortete die SED-Führung den Einmarsch der Warschauer-Pakt-Staaten in die ČSSR. Die NVA wurde letztlich nicht zur Niederschlagung des Prager Frühlings eingesetzt. Der Reformsozialismus des Prager Frühlings war einer der bedeutendsten Versuche, den Staatssozialismus von innen zu demokratisieren. Wer sich in der DDR mit diesen Reformen solidarisierte, konnte als Staatsfeind behandelt werden.

Auch gegenüber Solidarność in Polen vertrat die SED-Führung Anfang der 1980er Jahre eine harte Linie. Solidarność war eine unabhängige Gewerkschaftsbewegung mit Millionen Mitgliedern, entstanden aus Streiks polnischer Arbeiter*innen. Ausgerechnet ein Staat, der sich selbst als Arbeiterstaat verstand, betrachtete diese selbstorganisierte Arbeiterbewegung als politische Bedrohung.

Auch das Grenzregime der DDR war staatliche Gewalt. An der Berliner Mauer starben mindestens 136 Menschen bei Fluchtversuchen oder im unmittelbaren Zusammenhang mit dem Grenzregime. Andere wurden angeschossen, eingesperrt und von ihren Angehörigen getrennt.

Wer heutige staatliche Gewalt zu Recht kritisiert, darf diese Gewalt nicht relativieren. Im Gegenteil: Als konsequente Linke müssen wir staatliche Gewalt kritisieren, unabhängig davon, ob sie von einem kapitalistischen oder einem sich sozialistisch nennenden Staat ausgeht.

Die DDR legte die Peitsche nicht freiwillig nieder

Im Ursprungsbeitrag wurde außerdem sinngemäß gefragt, welche Diktatur in der Geschichte freiwillig ihre Macht abgegeben und ihre Bevölkerung „freigelassen“ habe. Daraus wurde die Schlussfolgerung gezogen, das Ende der DDR passe nicht zur Vorstellung eines repressiven Staates. Diese Darstellung verdreht die friedliche Revolution.

Die SED-Führung gab ihre Macht nicht aus freien Stücken ab. Der Zusammenbruch wurde wesentlich durch die Menschen in der DDR erzwungen: durch Oppositionelle, kirchliche Gruppen, Bürgerrechtsinitiativen und Zehntausende Demonstrierende, die sich trotz drohender Repressionen auf die Straße stellten.

Am 9. Oktober 1989 demonstrierten in Leipzig ungefähr 70.000 Menschen. Sie trafen auf bewaffnete Sicherheitskräfte und mussten mit einer gewaltsamen Niederschlagung rechnen. Dass es nicht zu einer Eskalation kam, ist nicht unwichtig. Einzelne Verantwortliche und Angehörige der Sicherheitsorgane trugen mit ihrer Entscheidung gegen Gewalt zum friedlichen Verlauf bei. Aber der Staat hatte diese Situation nicht freiwillig geschaffen. Er war durch die Größe, Entschlossenheit und Gewaltlosigkeit der Protestbewegung massiv unter Druck gesetzt worden.

Die Massenproteste für Demokratie leiteten das Ende des SED-Regimes ein. Den Untergang der DDR als freiwilligen Akt des Regimes darzustellen, wird deshalb der historischen Leistung der Menschen nicht gerecht, die Flugblätter druckten, Friedensgebete organisierten, unabhängige Gruppen gründeten, Verhaftungen riskierten und sich öffentlich gegen die Staatsmacht stellten.

Und wenn der Mauerfall heute ironisch oder abwertend kommentiert wird, muss eine einfache Frage erlaubt sein: Wollen wir tatsächlich ein System verteidigen, in dem der Staat darüber entschied, ob Menschen das Land verlassen durften, und diese Entschei-

dung mit Mauern, Waffen und Gefängnissen durchsetzte?

Für eine konsequente linke Kritik aller Verhältnisse

Kritik an der DDR ist keine Verklärung der Bundesrepublik. Kapitalistische Ausbeutung und staatliches Unrecht in der Bundesrepublik müssen kritisiert werden. Diese Kritik ist möglich, ohne die DDR als positives Gegenmodell darzustellen. Kapitalismus ist scheiße. Er verwandelt unsere Wohnungen in Anlageobjekte, unsere Arbeitskraft in eine Ware und soziale Sicherheit in eine Frage des Einkommens. Kapitalismus lässt Vermögen, Eigentum und politische Macht in den Händen Weniger anwachsen. Er gestattet uns, alle paar Jahre ein Parlament zu wählen, während wir auf dem Wohnungsmarkt, am Arbeitsplatz oder gegenüber Konzernen kaum demokratische Verfügungsmacht besitzen. Unter solchen Bedingungen kann Demokratie einen simulativen Charakter annehmen. Deutsche Behörden schränken Protest ein. Polizeigewalt muss benannt und verhindert werden. Die Bundesrepublik agiert imperialistisch, kooperiert mit Diktaturen und stellt ihre wirtschaftlichen und militärischen Interessen regelmäßig über Menschenrechte, heute wie vor 1990.

Trotzdem war die DDR eine Diktatur. Sie hielt politische Gefangene, setzte Häftlinge zur Arbeit ein, unterdrückte Streiks, kontrollierte Medien, bekämpfte Oppositionelle, schloss Jugendliche in Umerziehungsanstalten ein und hinderte ihre Bevölkerung mit einem tödlichen Grenzregime an der Ausreise. Ihre Unterstützung für Angela Davis, Vietnam oder andere Befreiungsbewegungen macht diese Tatsachen nicht ungeschehen. Eine emanzipatorische Linke muss zu dieser Analyse fähig sein und beides sagen können. Sie kann die sozialen und internationalistischen Leistungen der DDR anerkennen, ohne ihre Herrschaftsstrukturen zu verteidigen. Sie kann die imperialistische Bundesrepublik und den Kapitalismus fundamental kritisieren, ohne politische Freiheitsrechte geringzuschätzen. Sie kann aus den Kämpfen früherer Generationen lernen, ohne einen Staat zu verklären, unter dem andere Menschen gelitten haben.

Unser Ziel als Marxist*innen darf es nicht sein, die DDR zurückzuverlangen oder sie zu verklären. Unser Ziel muss über die heutige Bundesrepublik und auch über die DDR hinausweisen. Hin zu einer Gesellschaft ohne kapitalistische Ausbeutung. Ohne Parteidiktatur. Mit sozialer Sicherheit und politischer Freiheit. Mit kollektivem Eigentum, demokratischer Kontrolle und dem unveräußerlichen Recht, die Herrschenden zu kritisieren und abzuwählen. Wer echten Sozialismus will, muss bereit sein, mit dieser Komplexität zu leben. Wir können Errungenschaften der DDR anerkennen und zugleich die Freiheit

verteidigen, einen Text wie diesen heute veröffentlichen und diskutieren zu können.

Fußnoten

- [1] Link zum Ursprungsbeitrag: <https://gleft.de/6K7>
- [2] <https://gleft.de/6K8>
- [3] <https://gleft.de/6K9>
- [4] <https://gleft.de/6Ka>
- [5] <https://gleft.de/6Kb>
- [6] <https://gleft.de/6Kc>
- [7] <https://gleft.de/6Kd>
- [8] <https://gleft.de/6Kg>
- [9] <https://gleft.de/6Ki>
- [10] <https://gleft.de/6Kj>

Mao Tse-tung zum 50. Todestag

Michael Franzke Lange schon sind die Erinnerungen daran verblasst, wie revolütierende junge Menschen in Großstädten Westeuropas Ende der 1960er/Anfang der 1970er Jahre auf antiimperialistischen Demonstrationen „Mao! – Mao!“ riefen und die „Mao-Bibel“ statt der geballten Faust in die Luft streckten. Zu jener Zeit galt seine Politik als eine Alternative zum sozialdemokratischen Reformismus einerseits und zum sowjetischen Weg zum Sozialismus andererseits. Beide Optionen auf eine gerechte Gesellschaftsordnung schienen endgültig verspielt: Der staatsmonopolistische Kapitalismus durch den Vietnamkrieg seiner imperialen Führungsmacht, den USA, und das sozialistische Weltssystem unter Führung der Sowjetunion durch die Zerschlagung des „Prager Frühlings“.

Mao Tse-tung (neuere Schreibweise: Mao Zedong) wurde zum Symbol eines sozialistischen Entwicklungsweges, der sich bewusst dem Pfad der vom Kapitalismus vorgezeichneten Industrialisierung verweigerte. Es sind vor allem folgende Gedanken Mao-Tse-tungs auf die sich seine Anerkennung zurückführen lässt:

- die kapitalistische Denk-, Lebens- und Wirtschaftsweise ist kompromisslos abzulehnen, die imperialistischen Großmächte sind der Hauptfeind der nationalen Befreiungsbewegungen;
- der Sozialismus ist ohne die Befreiung der Bauernschaft nicht möglich, die mit ihrem revolutionären Potenzial dem Industrieproletariat zumindest ebenbürtig ist;
- aus der „Dritten Welt“ wächst das revolutionäre Zentrum der Zukunft empor, ohne das der Sozialismus im Weltmaßstab nicht siegen kann;
- unter den Triebkräften der sozialistischen Revolution sind die Entwicklung der ethischen Werte, die Gesinnung und der revolutionäre Wille für die gesellschaftliche Entwicklung die entscheidenden.

Mao Tse-tung wurde am 26. Dezember 1893 in Shaoshan, einem Dorf der mittelchinesischen Provinz Hunan, geboren. Sein Vater gehörte der bäuerlichen Mittelschicht an und ermöglichte ihm eine höhere Schulbildung. 1918 legte Mao das Lehrerdiplom ab. Nach seinem Studium klassischer Werke der alten chinesischen und der neueren europäischen Philosophie kam er zu dem Schluss, dass die chinesische Kultur bei allen Tendenzen des Zusammenwachsens der verschiedenen Kulturkreise ihre Eigenart nicht verlieren dürfe. Sein politisches Engagement für die armen Bauern führte ihn zur Ablehnung der kapitalistischen Wirtschaftslogik. Nachdem er den Marxismus kennen-

gelernt hatte, wurde er Anfang der 1920er Jahre Mitglied der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh). Ab 1923 gehörte er ihrem Zentralkomitee an und wurde Sekretär des Zentralbüros der Partei. Den Richtlinien der Kommunistischen Internationale entsprechend, konzentrierte sich die KPCh zunächst auf die Revolutionierung der Arbeiterschaft und die Entwicklung revolutionärer Zentren. Diese Strategie der sozialistischen Revolution erwies sich jedoch angesichts der Vorherrschaft der asiatischen Produktionsweise in China als unwirksam. Ab 1926 sah die KPCh in der Befreiung der Bauern von Unterdrückung und Ausbeutung ihre vorrangige Aufgabe. Nachdem die nationalrevolutionäre Einheitsfront (Guomindang) zerbrochen war, orientierte die KPCh 1928 auf die Bildung eigener militärischer Streitkräfte. Mao Tse-tung entwickelte sich auf dem „Langen Marsch“, der 1934/35 erfolgte Verlegung der Befreiungsarmee aus Süd- und Mittelchina nach Nord-China, zur zentralen Führungsfigur der Partei. Er orientierte die Partei auf die Errichtung von revolutionär-demokratischen Diktaturen der Arbeiter und Bauern in den von der Armee durchschrittenen Gebieten und zum Architekten der lokalen Sowjetregierungen, die sich später unter seiner Führung zusammenschlossen. Der Sieg über die japanische Intervention (1937-1945) festigte seine Machtstellung innerhalb der Partei, die ihn 1949 zum Vorsitzenden der neu gegründeten Volksrepublik China wählte.

Mao Tse-tungs politisches Wirken war eng verbunden mit der Frage nach dem Weg eines wirtschaftlich rückständigen Landes ohne demokratische Traditionen zum Sozialismus. Er versuchte einen chinesischen Sonderweg zum Sozialismus zu beschreiben, der sich von dem durch die Sowjetunion vorgezeichneten Weg abhob. Nach der auf dem XX. Parteitag der KPdSU 1956 geübten Kritik am Stalinismus, konnte er seine Machtstellung in China festigen. Seine Losung „Lasst tausend Blumen blühen!“ markierte die chinesische „Taufwetter-Periode“, die gleich dem Kurs der „Entstalinisierung“ in den sozialistischen Ländern Ost- und Mitteleuropas durch den Versuch gekennzeichnet war, Partei und Gesellschaft zu demokratisieren. Insbesondere den Intellektuellen wurde eine bis dahin nicht für möglich gehaltene Freiheit im Denken und Schreiben gewährt. Diejenigen, die diese Freiheit dazu genutzt hatten, den Führungsstil der Partei grundsätzlich in Frage zu stellen, wurden als „rechte Abweichler“ diffamiert und in einer „Säuberungswelle“ zum Verstummen gebracht.

1958 kam es erneut zu einem Kurswechsel. Mao Tse-tung verkündete die Kampagne des „Großen Sprungs“. Ziel war es nun, der

wirtschaftlichen Entwicklung eine neue Dynamik zu verleihen, soziale Notstände der Bevölkerung zu lindern und China zu einer Weltmacht wachsen zu lassen. „Volkskommunen“ wurden gegründet, in denen Schwerindustrie und Landwirtschaft zu einer Einheit verschmelzen sollten. Die Einschränkung der Selbstversorgung der Bauern durch die Schaffung von staatlichen Versorgungszentren, die Anwendung von Zwangsmaßnahmen zur Aktivierung der Bauernschaft sowie die Verschärfung staatlicher Kontrollen führten jedoch zu einer Hungersnot mit millionenfachen Opfern. Die chinesische Regierung sah sich nun gezwungen, die wirtschaftliche Entwicklung durch die Förderung unternehmerischer Eigeninitiativen und Stärkung materieller Anreize zur Produktionssteigerung zu beschleunigen. Sie stärkten wiederum die kleinbürgerlichen Mittelschichten, zogen eine weitere Verarmung von Kleinbauern sowie den Verlust an ethischen Grundwerten wie Solidarität und Gerechtigkeit nach sich. Mao Tse-tung setzte dieser Entwicklung Mitte der 1960er Jahre die Kampagne der „Kulturrevolution“ entgegen. Die Gesellschaft sollte – so die offizielle Proklamation – von feudalen und kapitalistischen Lebensgewohnheiten „gereinigt“ werden. Die politische Gesinnung rangierte in der sozialen Bewertung der Genoss*innen über dem ökonomischen Leistungsprinzip, die proletarische Kleidung wurde zum Symbol sozialer Gleichheit. „Rote Garden“ verbreiteten Maos Lehren unter den Bauern und Arbeitern, in Schulen, Universitäten und in der Armee. Gegner wurden als „Revisionisten“ beschimpft, terrorisiert und liquidiert. Die „Kulturrevolution“ schlug in eine militärisch-bürokratische Diktatur um.

Mao Tse-tung starb kurz nach seinem Rückzug aus der Politik am 9. September 1976 in Peking. Sein Lebenswerk legt Zeugnis ab von der enormen Schwierigkeit Diktaturen in Demokratien zu überführen, im Sozialismus die Triebkräfte für eine hohe Produktivität der Arbeit freizusetzen und die Interessen aller unterdrückten Klassen und Schichten zusammenzuführen. Das Studium seines Revolutionsmodells bietet nicht nur den Völkern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas bis heute eine Möglichkeit, aus den Widersprüchen der Geschichte Schlussfolgerungen für den emanzipatorischen Sozialismus zu ziehen.



Bildquelle: gemeinfrei
https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Mao_Tse_Tung.jpg

Die Frau vor Marx – Flora Tristan

Leonie Hain (AG Lisa) Proletariat aller Länder, vereinigt euch!“ – egal ob Teil der AG Politische Bildung oder nicht, wir alle nehmen diesen Satz als eine der Grundlagen unserer Arbeit. Und wenn wir an ihn denken, wenn wir an Sozialismus und seine historischen Ursprünge denken, denken wir an Männer: Marx und Engels. Aber an eine Frau denken die wenigsten.

Doch den Aufschlag und die wohl berühmtesten Worte aus dem kommunistischen Manifest stammten gar nicht von Marx selber – er hatte sie übernommen. Von wem? Der weitestgehend vergessenen, sozialistischen Feministin Flora Tristan. Sie war diejenige, die den Ausspruch 5 Jahre vor Marx durch dieselbe Buchdruckerei, welche Marx in Paris nutzte, veröffentlicht hat.

Die 1803 geborene peruanisch-französische Madame Tristan hat dabei ihren Platz in den Reihen der großen Sozialist:innen mehr als verdient. Mit 15 Jahren hat sie angefangen in einer Gravurwerkstatt zu arbeiten, da der Tod ihres Vaters ihre Familie mittellos zurückgelassen hatte. Ihre Mutter drängte Flora aus denselben Gründen auch in eine Vernunft Ehe mit ihrem damaligen Arbeitgeber.

Diese verlief missbräuchlich und Tristan flüchtete vor ihrem Mann mit ihren Kindern, denn eine Scheidung war im damaligen Frankreich nicht so einfach möglich. Im Gegenteil: durch ihre Flucht vor weiteren Misshandlungen, beging sie laut Gesetz Ehebruch und musste nun auch vor der Justiz fliehen. Später überlebte Tristan einen Mordanschlag ihres Mannes – erst dann konnte sie sich scheiden lassen und bekam das Sorgerecht ihres einzig überlebenden Kindes.

Das peruanische Erbe ihres adeligen Vaters konnte sie nicht antreten – sie hatte sich in Peru zu stark für die Sklaven eingesetzt, zu

viel Sympathie für die unterste Klasse gezeigt. Zurück in Paris fing sie an zu publizieren. Ihre Publikationen umfassten viele Reiseberichte, aber fokussierten sich dabei auf die sozialen Umstände der Orte, die sie besuchte. Sie schrieb über die Verhältnisse der Arbeiter:innen, sowohl in Fabriken als auch im Bordell. Tristan wurde auch aktiv und hielt Vorträge, um die Arbeiter:innen in Gewerk-

schaften zu organisieren. Dabei legte sie einen großen Fokus auf die Emanzipation der Frau, denn: „Innerhalb jeder Klasse gibt es noch einmal eine Unterschicht: die Frauen“. Sie stellte eine bemerkenswerte Verbindung von Feminismus und Marxismus her, analysierte den Zusammenhang von Klasse und Geschlecht. Schließlich ihr prägendes Zitat: „Proletariat, vereinigt euch!“



Ehe und Partner:innenschaften

Annabell Bodmann Feministische Gedanken [1]

Das große Wort der Liebe. In unserer Gesellschaft trifft es schnell auf eine patriarchal geprägte Idee von Partner:innenschaft. Doch alarmierende Zahlen zu häuslicher und sexualisierter Gewalt zeichnen eine erschreckende Gegenseite. Laut Polizeilicher Kriminalstatistik 2025 ist die Zahl der Betroffenen von Partnerschaftsgewalt in einem Jahr um 1,9% auf insgesamt 171.069 Menschen gestiegen. Rund 80% der Betroffenen sind Frauen*, während 77,7% der Tatverdächtigen Männer* sind. Gewalt gegen Frauen* findet nicht irgendwo statt. Sie

findet besonders häufig dort statt, wo Liebe, Nähe und Sicherheit versprochen werden. In Beziehungen, im gemeinsamen Zuhause, durch Partner:in oder Ex-Partner:in. Und genau deshalb müssen wir uns fragen: Sollte Liebe so wehtun?

Und das Highlight eines Lebens soll noch immer die Hochzeit sein? Ich hinterfrage diese veraltete Anschauung und es kommt mir so vor, als würden das immer mehr Menschen auch tun. Wieso sollte Frau* in der heutigen Zeit noch den Bund der (Hetero-)Ehe einge-

hen? Frauen* sind zum Glück zunehmend in der Lage, ihren Lebensunterhalt selbst zu stemmen und unabhängig zu sein. Wieso sollte man sich also in ein Konstrukt begeben, das so oft in unbezahlter Care-Arbeit endet? Ein Konstrukt, in dem noch immer Erwartungen an Frauen* gestellt werden, wie sie zu leben, zu lieben und eine Familie zu führen haben?

Doch wenn wir über die Ehe sprechen, lohnt sich auch ein Blick darauf, woher dieses Konstrukt eigentlich kommt. Aus einer

materialistisch-feministischen Perspektive, ist vor allem die Verbindung zwischen Ehe, Privateigentum und Vererbung spannend. In Gesellschaftsformen, in denen Menschen stärker in Gemeinschaften und Sippen lebten und Privateigentum noch nicht die heutige Bedeutung hatte, war die eindeutige Vaterschaft eines Kindes weniger entscheidend. Das änderte sich mit der Anhäufung von Privateigentum. Land, Vieh oder Werkzeuge sollten an die eigenen Nachkommen weitergegeben werden. Die monogame Ehe lässt sich damit auch als Mittel verstehen, Eigentum, Abstammung und Vererbung abzusichern. Sie gab insbesondere Frauen* lange finanzielle Sicherheit, bedeutete gleichzeitig aber auch Abhängigkeit.

Dass Frauen* heute zunehmend ihren Lebensunterhalt selbst verdienen können, ist eine enorme Errungenschaft. Natürlich hat die Frauen*bewegung dafür gekämpft, dass Frauen* selbstbestimmt einer Erwerbsarbeit nachgehen können. Gleichzeitig wäre es zu einfach, diese Entwicklung allein als feministische Errungenschaft zu erzählen. Auch der Kapitalismus hatte ein großes Interesse an der Arbeitskraft von Frauen*. Die Vorstellung der berufstätigen Frau* entstand also nicht, weil patriarchale Strukturen plötzlich verschwanden oder Gleichberechtigung gesellschaftlicher Konsens wurde. Wirtschaftliche Interessen spielten dabei eine entscheidende Rolle.

Doch wie unabhängig macht Erwerbsarbeit Frauen* tatsächlich, wenn ein großer Teil der unbezahlten Care-Arbeit weiterhin an ihnen hängenbleibt? Ich sehe durchaus, dass es auch andere Gründe für eine Ehe geben kann. Beispielsweise ein gemeinsames Kind und die teilweise noch immer veralteten Regelungen rund um Vaterschaft und Sorgerecht. Eine Heirat kann hier vieles vereinfachen. Gleichzeitig ist die Sehnsucht nach der unvergesslichen Traumhochzeit in Weiß längst auch ein kapitalistischer Kassenschlager, der vor allem Frauen* einen Haufen Arbeit, Erwartungen und Stress einbringt. Und ja, es kann sein, dass ich hier sehr voreingenommen wirke. Es kann auch sein, dass der Feminismus beziehungsweise meine feministische Denkweise meine Art, über Beziehungen und Liebe nachzudenken, komplett verändert hat, nach Ansicht einiger Familienmitglieder sogar „verbaut“ hat. Mein Hauptziel im Leben ist nicht mehr, eine passende Person zu finden, sondern mein eigenes Glück.

Ich möchte Liebe in meinem Leben von romantischen Beziehungen und Sexualität entkoppeln. Ich finde sie insbesondere in Freund:innenschaften, die in unserer Gesellschaft viel zu wenig Anerkennung erfahren. Denn vor allem diese begleiten uns durch Krisen, Veränderungen, schöne und harte Zeiten. All das, was so viele Ehegelübde versprechen. Vielleicht müssen wir deshalb hinterfragen, warum wir romantische Liebe gesellschaftlich so sehr über andere

Formen der Liebe stellen. Warum gilt die romantische Zweierbeziehung als das große Ziel, während Freund:innenschaften dahinter eingeordnet werden? Vielleicht müssen wir Liebe weniger besitzen, einordnen und hierarchisieren und mehr anerkennen, wie unterschiedlich sie uns im Leben begegnet. Wir sollten anfangen, Liebe nicht mehr nur durch die romantische Brille zu betrachten. Liebe ist viel größer als Ehe, Hochzeit, Partner:in und Kind. Vielleicht bedeutet ein erfülltes Leben nicht, die EINE Person zu finden, sondern sich selbst und die Menschen um sich herum nicht zu verlieren.

Diesen Fragen und anderen zu Ehe und Paarbeziehungen wollen wir in unserer Diskussionsrunde des Plenums der AG Lisa am 15.10.2026 nachgehen. Die Linke Sozialistische Arbeitsgemeinschaft kämpft gegen patriarchale Strukturen in der Gesamtgesellschaft, in Leipzig und innerhalb der Partei Die Linke. Ob Parteimitglieder oder einfach interessierte Feminist:innen: Ihr seid herzlich eingeladen, bei unserem monatlichen Plenum vorbeizukommen, welches jeden 3. Donnerstag im Liebknecht-Haus, Braustr. 15, ab 17:30 Uhr stattfindet!

[1] Der Text setzt sich vorrangig mit der heterosexuellen Ehe und den damit verbundenen patriarchalen Strukturen auseinander. Andere Formen von Liebe, Ehe und Partner:innenschaften werden selbstverständlich mitgedacht und anerkannt. Frau* und Mann* sind dabei nicht als starre biologische Kategorien zu verstehen.

Gerechte Kriege? Oder „das demagogische Mantra ‚Frieden durch Krieg‘ muss dechiffriert werden“

Lucie Künzel Jörg Arnold und Peter Porsch in Rosas Salon

„Die Sprache der Gewalt war schon immer eine dumme Sprache, eine Sprache des Untergangs“ – erklärte Peter Porsch im Gespräch mit Jörg Arnold am internationalen Antikriegstag am 1. September im Felsenkeller, bei welchem beide – gemeinsam mit allen Anwesenden – Worte gegen Kriegstüchtigkeit zu finden versuchten.

Moderiert von der Physikerin und Mitbegründerin der Ökologie-AG der Linken Angela Müller, diskutierte in der 50. Debatte von Rosas Salon der Honorarprofessor und Jurist aus Münster mit dem Germanistikprofessor und langjährigen Fraktionsvorsitzenden der PDS im Sächsischen Landtag. Die beiden seit vielen Jahren friedenspolitisch engagierten Diskutanten bekannten sich als Verteidiger des Völkerrechts, jedoch mit unterschiedlichem Zukunftsoptimismus bezüglich dessen Durchsetzbarkeit als globale Verpflichtung zu friedvoller Außenpolitik. Während Porsch idealistisch appellierte, die Illusion (einer uneingeschränkten Gültig-

keit von Menschenrechten) zu einer Utopie zu wandeln, mahnte Arnold zu einem stärker handlungsausgerichteten Vorgehen im „Friedenskampf als Klassenkampf“.

*»Wir können das Arsenal der Waffen nicht aus der Welt schreiben, aber wir können das Arsenal der Phrasen, die man hüben und drüben zur Kriegführung braucht, durcheinanderbringen.«
(Max Frisch)*

Wie lässt sich jedoch vorhandenes Widerstandspotenzial nachhaltig bündeln? Peter Porsch fand dafür Antworten im gemeinsamen Wirken verschiedener ziviler Organisationen aus Gewerkschaften, Bündnisverbänden und der Linken. Parteipolitische Hoffnungen begründete er mit anteilig pazifistischer Tradition und sieht damit die Linke als einzig wirksame Partei für glaubwürdige „Friedenspropaganda“, welche jedoch für

tatsächliche Veränderung möglichst bald „auf konkrete Füße gestellt werden“ müsste. Aus Sicht Arnolds fehlen dafür jedoch kritische Völkerrechtler*innen innerhalb der Linken, die sich für ein „klares Antikriegs-postulat“ einsetzen könnten. Sein Plädoyer für die Partei fiel dessen ungeachtet rational-optimistisch aus und schloss mit dem Appell, die Linke solle sich künftig in klarer Positionierung für eine „geeinte Friedenshaltung“ einsetzen.

Viele theoretische Grundlagen Arnolds lassen sich in seinem kürzlich mit Koautor Peter-Michael Diestel im Verlag Das Neue Berlin veröffentlichten Essay „Kriegstüchtig. Nein Danke. Plädoyer für Frieden und Völkerrecht“ finden. Darin wird die völkerrechtliche Perspektive durch „juristische Sprache“ erweitert, fachfremden Lesenden dennoch inhaltlich gut zugänglich.

Ein neuer Ansatz der Verständigung – zwischen Staaten sowie deren

Einwohner*innen. Von der „Sorge um den Frieden“ getragen appellieren die beiden studierten Juristen in ihrer Publikation an eine konsequente Durchsetzung des Völkerrechts. Auf allen Ebenen der internationalen Beziehungen. In juristischer Konsequenz würde das eine entschlossene Verurteilung aller globalen, derzeit stattfindenden Menschenrechtsverletzungen bedeuten. In ihrem Essay werden offene sowie rhetorische Fragen zur Verantwortung der BRD in globalen Konflikten gestellt, deren Beantwortungen fast alle in einer Essenz münden: Einen gerechten Krieg kann es nicht geben.

»Die Menschheit leidet unter Kriegen und bewaffneten Konflikten, in der Ukraine, im Iran, in Nahost (Israel/Gaza), im Sudan, Myanmar und anderenorts. Wie der Presse zu entnehmen ist, beabsichtigt ein US-Rüstungs-Startup demnächst im Leipziger Norden Marschflugkörper zu produzieren. Das Kriegsgeschrei nimmt zu, die Menschen befällt immer stärker ein Gefühl von Macht- und Orientierungslosigkeit. Aber Gegenwehr ist möglich. Indem man das Völkerrecht beim Wort nimmt, das Frieden gebietet und Krieg als Mittel der Politik verbietet.«
(Grußwort von Volker Kūlow)

Viele Fragen lassen sich nicht getrennt betrachten, nur kategorisieren – was nichts an ihrer Verworfenheit ändert. Dem Phänomen der Gleichursprünglichkeit bzw. des Zu-

sammenhangs der „Friedensfrage“ mit der „sozialen Frage“ sowie der „Umweltfrage“ sind jeweils einzelne Kapitel gewidmet, in welchen wiederum weitere Ursachen hinterfragt werden. Kritik üben Diesel und Arnold auch an dem Bedeutungsverlust des Völkerrechts und der Rückentwicklung zu einer „regel- und wertebasierten Ordnung“ mit einem „Höchstmaß an Flexibilität“ ohne verpflichtenden Charakter.

Geschrieben und gesprochen – der Umfang an Kritik reicht weit – reflektierende Stimmen im Publikum. Die Zuhörenden wurden mit voranschreitender Dauer der Veranstaltung schnell selbst zu Protagonist*innen, Kritiker*innen und Mahnenden. Gibt es überhaupt Friedensforschungsanstalten in Deutschland? Wo bleiben Immanuel Kant und seine Friedensethik heute? Was könnte der kleinste gemeinsame Nenner einer großen und einflussreichen Friedensbewegung sein? Besonders bei den Sätzen der Praxis blieben viele Zuhörende gedanklich stehen. Mehrfach wurde eine Perspektivlosigkeit zum Ausdruck gebracht, ob und durch welche Mobilisierungsstrategie sich eine radikale Friedensbewegung in Deutschland und darüber hinaus formieren könnte. Oder ob nicht alle selbst die Notwendigkeit dafür längst erkannt haben müssten? Ein Teil Skepsis und Ernüchterung bei den Anwesenden, größer jedoch der

Wille zu Widerstand und Veränderungsbereitschaft. Ganz im Sinne der Vortragenden wurde der Abend mit dem Appell der souverän agierenden Moderatorin geschlossen, die Veranstaltung als Auftakt und nicht als Schlusswort für eine wirkmächtige Friedensbewegung zu begreifen.

Antworten wurden formuliert und viele davon in der Sprache der Theorie. Aus Sicht Peter Porschs jedoch eine Voraussetzung zur Normenbildung und Verurteilung von Verstößen gegen diese. Schwierig nur, wenn zu viele Sprachen gesprochen werden und Übersetzung schlecht gelingt. Was es dafür aus Sicht beider Protagonisten braucht? Eine „Sprache der Diplomatie“ die durch eine radikale „soziale Friedensgegenmacht“ nicht länger übersetzt oder interpretiert, sondern ‚nur‘ laut gelebt werden muss.



Prof. Jörg Arnold, Angela Müller und Prof. Peter Porsch, Foto: Lucie Kūnzel

Völkerrecht als Friedensrecht

Jörg Arnold Angesichts einer vielfach beschriebenen Krise des Völkerrechts, zum Teil gar dessen Ohnmacht, stellt sich mehr denn je die Frage, ob nur noch ein reiner Pessimismus vorhanden sein kann, oder nicht doch ein Funke Hoffnung? Völkerrechtler, wie der Göttinger Professor Kai Ambos, oder Professor Christoph Safferling von der Universität Nürnberg-Erlangen, aber auch Wolfgang Kaleck, Menschenrechtsanwalt und Generalsekretär des European Center for Constitutional and Human Rights (ECCHR) in Berlin kritisieren, dass das Völkerrecht sich zunehmend nicht als eine Grenze gegen menschenrechtsverletzendes und völkerrechtsverletzendes staatliches und politisches Handeln erweist. Dennoch sehen die Genannten das Völkerrecht nicht als verloren an. Deren Auffassung teile ich, wenngleich meine Perspektive eine strikt friedensrechtliche ist.

Ich spreche mich dafür aus, das Völkerrecht konsequent als ein Friedensrecht zu interpretieren. Das betrifft zunächst die

UN-Charta. Wenn heutzutage mit der UN-Charta argumentiert wird, taucht das Wort „Frieden“ kaum auf. Und das, obwohl dieses Wort die UN-Charta wie ein roter Faden durchzieht. Sei es in der Präambel, in den Zielen und Grundsätzen, in Kapitel VI und Kapitel VII. Von der Wahrung des „Weltfriedens“ ist da die Rede, vom „friedlichen Zusammenleben“ in guter Nachbarschaft unter den Staaten, davon, dass wirksame Kollektivmaßnahmen zu treffen sind, „um Bedrohungen des Friedens zu verhüten und zu beseitigen, Angriffshandlungen und andere Friedensbrüche zu unterdrücken und internationale Streitigkeiten oder Situationen, die zu einem Friedensbruch führen könnten, durch friedliche Mittel nach den Grundsätzen der Gerechtigkeit und des Völkerrechts zu bereinigen oder beizulegen.“

In diesem Kontext steht auch das Selbstverteidigungsrecht nach Artikel 51 der UN-Charta. Das bedeutet vor allem, dass bei dieser Ausnahme vom Gewaltverbot die Ausübung des Selbstverteidigungsrechtes

angemessen sein muss. Obwohl das nicht explizit in Artikel 51 der UN-Charta geregelt ist, ergibt sich das aus der Rechtsprechung des Internationalen Gerichtshofes. Danach darf Selbstverteidigung nur so intensiv sein, wie es zur Abwehr und Beendigung des Angriffs nötig ist; sie darf nicht der Vergeltung, Rache oder Bestrafung dienen. Das Ausmaß der Verteidigung muss in einem angemessenen Verhältnis zur ursprünglichen Bedrohung stehen.

Daraus ergeben sich im Hinblick auf die Kriege in Gaza sowie in der Ukraine jeweils folgende Schlussfolgerungen: Sowohl Israel als auch der Ukraine standen aufgrund der völkerrechtswidrigen Überfälle, zum einen durch die Hamas, zum anderen durch Russland das Recht auf Selbstverteidigung zu. Im Fall von Israel dürfte das auch so gesehen werden, obwohl die Hamas kein Staat ist. Doch Art. 51 UN-Charta scheint in dieser Hinsicht gleichwohl eine solche Auslegung zuzulassen. Israel überschreitet jedoch die Angemessenheit der Selbstverteidigung

in eklatanter Weise, sodass von Selbstverteidigung nicht mehr gesprochen werden kann. Die Selbstverteidigung wandelte sich in schwere Menschheitsverbrechen gegen die palästinensische Bevölkerung in Gaza. Gesprochen wird von Genozid. Entsprechende Klagen sind mittlerweile beim Internationalen Gerichtshof anhängig.

Im Fall der zunächst ebenfalls legalen Selbstverteidigung der Ukraine wandelte diese sich in einen Stellvertreterkrieg der Nato gegen Russland. Bestimmte Nato-Staaten, die zunächst legal Nothilfe leisteten, wurden immer mehr zu Kriegsparteien selbst. Das ergibt sich daraus, dass es sich bei dem Ukraine-Krieg mittlerweile um einen hybriden, komplexen Krieg, in dem Drohnen, technische Nachrichtenübermittlungen, die Ausbildung von ukrainischen Soldaten auf westlichem Territorium u.a. eine entscheidende Rolle spielen. Gesprochen wird bereits von einem Drohnenkrieg, einem Nachrichten- und Informationskrieg, einem Satelliten-Krieg, einem Technik-Krieg unter Einsatz von Künstlicher Intelligenz, wozu Berichte über Tötung von Menschen im Krieg durch vollautonom handelnde Drohnen jedenfalls als Vision vorliegen, die nicht durch Funkverbindung, nicht durch Videobild und auch nicht durch menschlichen Befehl in letzter Sekunde beeinflusst werden können.

Die bisherige völkerrechtliche Auffassung, wann in kriegesischen Auseinandersetzungen von Kriegsparteien gesprochen werden kann, lässt sich damit nicht aufrechterhalten. Es sind nicht mehr die Bodentruppen eines Staates, die einem anderen Staat auf dessen Territorium zur Hilfe kommen. Heute sind es die auch ausländischen westlichen Drohnen, egal ob im Westen gebaut, und vom Territorium der Ukraine aus vor allem gegen Russlands Hinterland zum Einsatz gekommen, oder direkt von einzelnen Nato-Staaten gegen Russland angewandt, die einer vermeintlichen Selbstverteidigung der Ukraine dienen sollen. Entscheidend dabei ist, dass diese Einsätze die Gefahr eines nuklearen Krieges drastisch erhöhen. Gerade dadurch aber erweist sich diese „Nothilfe“ als eine deutliche Verletzung der Angemessenheit des Selbstverteidigungsrechtes in Art. 51 UN-Charta.

Was wir dabei zum einen erleben, ist die deutsche Unterstützung für die schweren Menschheitsverbrechen Israels, indem Deutschland weiterhin Waffen und anderes Kriegsmaterial an Israel liefert. Durch diese Unterstützung ist Deutschland an den schweren Menschheitsverbrechen Israels beteiligt. Zum anderen ist Deutschland in dem Stellvertreterkrieg der Nato gegen Russland unmittelbar involviert, es handelt als Kriegspartei und als Katalysator für die Heraufbeschwörung der atomaren Gefahr.

Damit lässt es sich drehen und wenden, wie man will: Deutschland verletzt das Völkerrecht als Friedensrecht in eklatanter Weise. Damit zugleich stellt sich Deutschland gegen das Friedensgebot seiner eigenen Verfassung. Die maßgeblich daran beteiligten deutschen Politiker rücken jedenfalls in die Nähe der Strafbarkeit nach Art. 26 des Grundgesetzes (Störung des friedlichen Zusammenlebens der Völker), wenn sie die Vorschrift nicht sogar bereits verletzen.

Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass insbesondere Bundeskanzler Merz, als auch die Minister Pistorius, Dobrindt und Wadehul es bis zur äußersten Konfrontation mit Russland ankommen lassen wollen. Dafür sprechen einmal mehr die Kriegsrhetorik und beschlossenen Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Drohnen-vorfall auf dem Leipziger Flughafen.

Freilich ist zu konzedieren, dass auch Russland das Völkerrecht nicht als Friedensrecht anerkennt, dass an den Kriegszielen des Überfalls im Februar stur festgehalten wird. Russland spricht oft von Diplomatie, aber diese soll offenbar nur dann gelten, wenn die Ukraine und ihre westlichen Unterstützer die Kriegsziele anerkennen würden. Auch ist völlig unklar, wann für Russland die sogenannten „roten Linien“ von Seiten des Westens überschritten worden sind und der Ausweg allein nur noch in der Anwendung von Nuklearwaffen gesehen wird. Für die deutsche Linke sind jedoch das Völkerrecht als Friedensrecht, das Friedensgebot des Grundgesetzes sowie jedwede Ablehnung von politischem Handeln der Herrschenden, das sich in einer strafrechtlichen Gefahr durch Beteiligung an einem Angriffskrieg befindet, die Maßstäbe.

Diese Haltung zum Friedensrecht muss für die Linke der Ausgangspunkt für alle anderen linken politischen Forderungen und Handlungen sein. Sei es bei der sozialen Frage, sei es bei einer humanistischen Migrationspolitik, sei es bei Umwelt- und Klimaschutz, bei einem klassenbewussten Antifaschismus, bei einer Politik des Schutzes von Minderheiten. Nur wenn der konsequente und linke einheitliche Einsatz für Frieden dafür den Ausgangspunkt bildet, kann wirklich von linker Politik gesprochen werden. Dazu gehört auch, sich für eine wirksame Friedensbewegung stark zu machen. Eine linke Forderung in diesem Zusammenhang könnte sein, die Friedensbewegung unter einem „kleinen“ gemeinsamen Nenner zu einen, der sich in seiner Bedeutung freilich als ein „großer“ gemeinsamer Nenner erweisen könnte. Dieser „kleinste“ gemeinsame Nenner, der sich als ein „großer“ gemeinsamer Nenner erweisen könnte, besteht in der Forderung nach der Ächtung aller Atomwaffen.

In einem Gutachten traf der Internationale Gerichtshof im Jahre 1996 die Feststellung,

dass „die Androhung oder der Einsatz von Atomwaffen generell gegen die in bewaffneten Konflikten geltenden Regeln des Völkerrechts und insbesondere gegen die Grundsätze und Regeln des Humanitären Völkerrechts verstoßen“.

Die Atomwaffenstaaten versuchen, dies zu übergehen. Es wird behauptet, das Völkerrecht erlaube für den Fall einer Notwehrsituation, in der ihr „Überleben als Staat auf dem Spiel stehen würde“, den Einsatz von Atomwaffen anzudrohen und nötigenfalls auch durchzuführen. Das aber widerspricht dem Humanitären Völkerrecht, das den Schutz der Zivilbevölkerung im Kriegsfall regelt, denn dieses gestattet es nicht, das Überleben eines Staates höher zu bewerten als das Leiden und den Tod unzähliger Zivilpersonen.

Dies zu verdeutlichen bedeutet, gerade auf die Gefahr eines Atomkrieges nachdrücklich aufmerksam zu machen, die aufgrund fortgesetzter Angriffe gegen Russlands Hinterland besteht, denn es ist nicht damit zu rechnen, dass Russland in einer solchen Notlage, die noch dazu einer Selbstdefinition unterliegt, sich an diesen Grundsatz des Humanitären Völkerrechts halten wird. Das bedeutet aber auch, dass alle Bemühungen Deutschlands, nach der Atomwaffe zu greifen, der deutsche historische „Griff nach der Atombombe“ scheint wiederholt werden zu sollen, wie aktuell in Richtung Frankreichs, ebenfalls strikt völkerrechtswidrig sind.

Meine Hoffnung, dass das Völkerrecht für die Praxis nicht verloren ist, gründet sich gerade auf eine Friedensbewegung, die einen solchen Ausgangspunkt hat. Denn dadurch würde die Bedeutung des Völkerrechts als Friedensrecht in einem ganz konkreten, menschheitsbewahrenden Aspekt bestehen.



Foto: privat

Jörg Arnold ist Honorarprofessor an der Universität Münster. Er studierte, promovierte und habilitierte an der Humboldt-Universität, gewann eigene Erfahrungen im Justizwesen der DDR und forschte nach dem Epochenbruch am Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht in Freiburg im Breisgau, wo er auch lebt und als Anwalt tätig ist.

Wir brauchen eine Sprache des gegenseitigen Verstehens

Peter Porsch unterbreitet in Rosas Salon am Weltfriedenstag Vorschläge zur Neufassung der friedenspolitischen Inhalte des Programms der Partei Die Linke

Wenn Bundeskanzler Friedrich Merz in seiner Regierungserklärung am 29. Januar 2026 im Bundestag meinte, „wir müssen eine Sprache der Macht sprechen“, so kann das sicher nicht die Sprache der Partei Die Linke sein. Merz tritt allenthalben auf mit einer „Sprache der Waffen“, der „Großmannsucht“. Jens Scherpenberg warnt davor, sich dem damit verbundenen Versuch einer Vereinnahmung in das große nationale „Wir“ zu unterwerfen. Herrn Merz' Sprache ist eine schrofte Sprache der Drohungen. Es ist leider die Sprache heutiger internationaler Politik. Eine solche Sprache ist letztlich eine Sprache des Untergangs. Mit ihr verbunden ist in Zeiten wirtschaftlicher Schwäche notgedrungen eine Sprache radikaler Forderungen nach ökonomischem Wachstum. Rosa Luxemburg nennt als Ursache dafür den Zwang des Kapitals zur „Akkumulation“ und erkennt darin vor allem die Grundlagen von Kolonialismus und Imperialismus; dies schon eine deutlich erkennbare Kriegsursache. Herrn Merz' bloße Forderung nach Fleiß und Ausdehnung der täglichen und Lebensarbeitszeit bringt freilich wenig. Es bleibt Beschränkung auf quantitative Verschärfung der Ausbeutung. Es bringt nur mehr Produkte alter Qualität. Es fehlt die qualitative Verbesserung der Ausnutzung von Arbeitskraft, die Arbeit und Produkt verbilligt und damit auch Wert sowie Verkaufbarkeit des Produkts erhöht. Sein Vorschlag verschärft nur soziale Kämpfe, erzeugt Erzwingung von möglichst billiger Rohstoffversorgung und Distributionserfolg. Er bringt in Konsequenz Krieg wegen eines vor Überproduktion überquellenden Markts.

Was wir brauchen sind Veränderungen durch antikapitalistischen Kampf und nicht brutales Wachstum auf Kosten anderer. Wir brauchen eine Sprache des gegenseitigen Verstehens, eine Sprache, die nicht als Sprache der Unterstützung von Kriegsparteien verstanden wird, aber eine Sprache der Erklärung von Konflikten ist, um diese auflösen zu können. Wir müssen eine Sprache des aufeinander Zugehens sprechen, eben eine Sprache der Diplomatie, eine Sprache der Eröffnung eines Weges zum Frieden, eine ehrliche Sprache.

Gabriele Krone-Schmalz bemängelt, dass weitgehend identische Fakten in der journalistischen Berichterstattung sprachlich nicht gleich, sondern „mit zweierlei Maß“ vermittelt werden. Unsere Sprache muss deswegen zuallererst eine Sprache der Zurückgewinnung des Völkerrechts, des Gewaltverbots und des Friedensgebots sein.

Alles, was wir sagen, soll durchdrungen sein von einer Sprache der internationalen Solidarität. Das verbietet die Ausgrenzung von allem Fremdem, es verbietet gewalttrunkenen Patriotismus, sei er einzelstaatlich national oder europäisch.

Diese Welt ist eine Welt! Wir sind Teil der Friedensbewegung und müssen uns als solche deutlich zu erkennen geben. Deshalb diese Konkreta: Zunächst ist es notwendig, alle an Pazifismus und friedfertigen Lösungen von Problemen orientierten Menschen (in Parteien, Gewerkschaften, Kirchen, Organisationen der Zivilgesellschaft, friedensbewegte Einzelpersonen usw.) zusammenzubringen, um sich auf der Basis genereller Friedfertigkeit auf weitere gemeinsame Überlegungen und Aktionen zu einigen.

(I) Der Beschluss des Leipziger Stadtrates zur Ausrichtung eines jährlichen Friedenstag in Leipzig, wäre eine gute Gelegenheit, dafür initiativ zu werden. Wenn man verbreitet festgestellt findet, dass die gegenwärtige Welt mit der Akzeptanz von Krieg und Gewalt weit zurückgeworfen sei, dann ist es doch berechtigt, wenigstens noch erinnere-liche oder sogar noch wirksame gelungene Versuche von friedlichen oder wenigstens friedensfördernden Lösungen erneut zu überprüfen und zu reanimieren.

Das wäre (II) die Rückgewinnung eines dominanten Einflusses der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) und die ihrer Gründung vorausgegangene Konferenz von Helsinki für notwendige Aktualisierungen wieder zu beleben.

(III) Als wichtigstes Ergebnis könnte dem die Auflösung der NATO folgen, weil die OSZE den europäischen Frieden auf stetiger Verhandlungsbasis garantieren könnte. Sie müsste über die Auslegung der vielfältigen Friedensgebote in nationalen und regionalen Verfassungen wachen und sie mit Klugerecht bei den nationalen und regionalen Verfassungsgerichten durchsetzen dürfen.

(IV) Die OSZE sollte auch Friedenspropaganda in allen verfügbaren und ihr verpflichteten Medien verantworten. Wissenschaften, Kunst und Kultur sollen bei der Unterstützung von Friedensforschung sowie Friedenspropaganda gefördert werden.

(V) Im Rahmen der OSZE könnten modernisierte Versuche der Revitalisierung und Neuaufgaben von Abrüstungsinitiativen (atomar und konventionell), abgesichert durch gegenseitige Kontrolle, aufgenommen werden.

(VI) Die OSZE könnte beteiligt werden an der Rückgewinnung der Autorität der UNO, getragen von einer Reform, die die UNO demokratisiert (d. h. Erhöhung der Verbindlichkeit von Beschlüssen der Vollversammlung und Abschaffung bzw. Einschränkung des Vetorechts).

(VII) Verbindliche, universell gültige Kodifizierung der wichtigsten Bestimmungen des Völkerrechts, mit Einrichtung einer internationalen Gerichtsbarkeit, der sich alle Staaten unterwerfen und deren Urteile exekutieren. Völkerrecht wird analog zu EU-Recht automatisch nationalstaatliches Recht.

(VIII) Die Einhaltung der Menschenrechte soll an alle internationalen zwischenstaatlichen Verträge gebunden sein. Dem widersprechende Vertragswerke sollen bis zu einer Angleichung an diese Forderung ausgesetzt werden.

(IX) Es darf keine friedensgefährdenden Waffenexporte geben sowie keine entsprechenden Stationierungen von Militär oder Beteiligung an Großmanövern im Ausland.



Foto: archiv-dielinke-sachsen.de

Peter Porsch studierte in Wien, promovierte in Westberlin, habilitierte an der Karl-Marx-Universität und lehrte dort als Germanistikprofessor. Der langjährige Fraktionsvorsitzende der PDS im Sächsischen Landtag tritt schon seit längerem mit friedenspolitischen Texten an die Öffentlichkeit und unterstützt entsprechende Initiativen.

Der rote Blitz ist da!

Volker Külöw Anlässlich seines 101. Geburtstages am 10. September 2026 präsentieren Werner Abel und Volker Külöw die ausführliche und reich bebilderte Lebensgeschichte von Edgar Külöw (1925-2012). Das Buch dokumentiert neben neben den Lebensstationen viele unterhaltsame Texte des Satirikers, Schauspielers und Regisseurs in Schrift und Bild; viele Wegbegleiter erinnern sich an ihn, darunter der kürzlich verstorbene Reinhold Andert und Monika Ehrhardt-Lakomy. Kurz: Mehr EDDI war noch nie!

Die eigentliche Leidenschaft von Edgar Külöw – der selbsternannte „rote Blitz“ – war zweifellos der Fußball, dem er ungezählte Geschichten und Zeitungsbeiträge widmete, darunter fast 400 „Eckenbrüller“ für die „junge Welt“. Sein Vereinsherz hing speziell an Chemie Leipzig und Einheit Pankow. Seit 1959 künstlerisch aktiv, erhielt für sein Lebenswerk als erster Ostdeutscher 2006 den „Stern der Satire“. Das Werk im Umfang von 304 Seiten ist im Verlag 8. Mai erschienen, der auch die marxistische Tageszeitung „junge Welt“ herausgibt; es ist ab sofort im Buchhandel erhältlich und kostet 29,90. Für die ganz großen Külöw-Fans gibt es eine spezielle Liebhaberedition für 99,90 Euro, die über eine Cloud den exklusiven Zugriff auf über drei Stunden Fernsehmaterial mit Edgar Külöw aus den Jahren 1963-2004 ermöglicht.

① Abel, Werner/Külöw, Volker: Der Rote Blitz. Pointen und Doppelpässe im Leben des Edgar Külöw Mit zahlreichen, zum Teil farbigen Abbildungen aus dem Leben des Kabarettisten. ISBN 978-3-931745-78-3

Der Krieg geht weiter

*In der schweren Kriegszeit braucht
Deutschland eine Lichtgestalt,
eine Gutenberg-Durchlaucht,
wenn es an den Fronten knallt.*

*Eine Frau, die jeden Angriff merkt,
eine Göttin für die halbe Welt,
die an jeder Trauerrede werkt
und die CDU zusammenhält.*

*Vorne flattert immer eine Fahne,
was sie und die Trompete uns verbarg.
Der Urenkel liegt wie sein Ahne
in einem deutschen Heldensarg.*

*Der Krieg wird weiter wohlgenährt, mit
Eisen, Tränen und mit Blut.
Das hat sich wunderbar bewährt
und tut den Kriegsgewinnern gut.*

*Wir haben noch so viele Kathedralen
und noch so manchen Felddekan,
in Bayern und in Nordwestfalen,
der noch befördert werden kann.*



„Mich nannten sie alle

„Der rote Blitz“.

Ich wurde an der Mittellinie halbhoch angespielt,
ließ den Ball von der Brust tropfen,
sauste die Linie entlang, ließ den Verteidiger aussteigen,
ging bis zur Eckfahne.

Und dann kam die Flanke butterweich

nach innen,
senkte sich am Strafraum nieder
und wer stand dort? Ich schon wieder.

Aus der Lage nahm ich das Leder.

Da wedelte es dem Keeper aber die Pfoten weg.

Siehste heute nicht mehr.“



Edgar Külöw über Edgar Külöw:

„Wenn ich von der **Kunst**
so viel verstünde wie vom Fußball,
dann müsste ich den **Nobelpreis haben.**“



Dr. Werner Abel, Jahrgang 1943; 1979 Promotion an der Karl-Marx-Universität Leipzig über das Sozialismusbild Ernesto „Che“ Guevaras, bis 2008 Arbeit am Lehrstuhl „Geschichte der politischen Ideen und Theorien“ der TU Chemnitz, seit 2006 Mitglied des Vereins „Kämpfer und Freunde der Spanischen Republik 1936–1939“



Dr. Volker Külöw, Jahrgang 1960, älterer Sohn von Edgar Külöw; 1988 Promotion an der Karl-Marx-Universität im Rahmen der Mitarbeit an der MEGA (Marx-Engels-Gesamtausgabe); seit vielen Jahren publizistisch tätig und politisch in der Partei Die Linke aktiv; Mitglied im Leipziger Stadtrat

Die eigentliche Leidenschaft von Edgar Külöw – der selbsternannte „rote Blitz“ – war zweifellos der Fußball, dem er ungezählte Geschichten und Zeitungsbeiträge widmete, darunter fast 400 „Eckenbrüller“ für die „junge Welt“. Sein Vereinsherz hing speziell an Chemie Leipzig und Einheit Pankow.

Seit 1959 künstlerisch aktiv, erhielt für sein Lebenswerk als erster Ostdeutscher 2006 den „Stern der Satire“. Der 1981 gegründete und nach ihm benannte Kabarett-Preis „DER EDDI“ wird jährlich im Herbst in Berlin verliehen.

Anlässlich seines 101. Geburtstages präsentieren Werner Abel und Volker Külöw die ausführliche und reich bebilderte Lebensgeschichte von Edgar Külöw – mehr EDDI war noch nie...



verlag 8.mai

Der rote Blitz

Werner Abel und Volker Külöw

Der rote Blitz



Pointen und Doppelpässe
im Leben des Edgar Külöw

verlag 8.mai

„Jeder Tag, an dem Du nicht auf die Regierung geschimpft hast, ist ein verlorener Tag.“

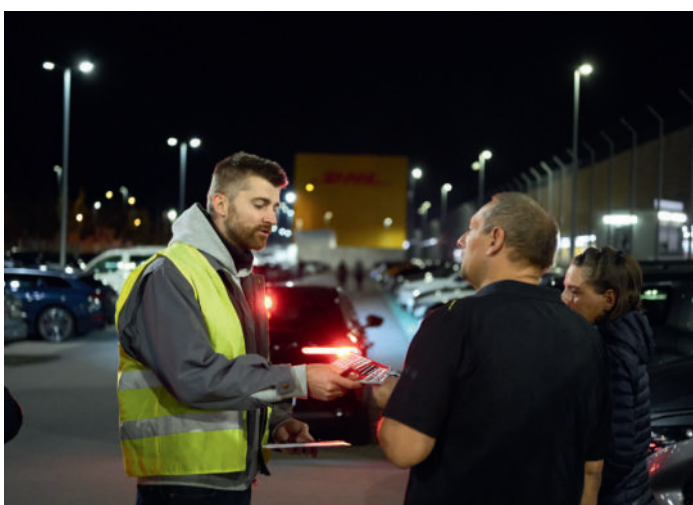
Edgar Külöw

„Die meisten haben sich über seine Schärfe und Bissigkeit amüsiert. Aber nur wenige wussten, dass diese Schärfe aus einer tiefen Überzeugung für den Sozialismus kam.“

Reinhold Andert über Edgar Külöw (2012)

Im sauerländischen Werdohl 1925 in einer Arbeiterfamilie geboren, errang Edgar Külöw als Darsteller, Autor, Regisseur und Direktor der berühmten „Leipziger Pfeffermühle“ ab Ende der 1950er Jahre die Gunst des Publikums. Wegen seiner deftigen politischen Satire zählte er seitdem zu den couragiertesten Kabarettisten der DDR; auch im Fernsehen der DDR gewann er als Schauspieler zunehmend an Präsenz. Külöw war witzig und stur. Bei den SED-Ökern – er war Parteimitglied seit 1946 und blieb es bis zu seinem Tod 2012 – eckte er nicht nur einmal an, rappelte sich aber immer wieder auf.

Umschlaggestaltung: J. Dann-Fiedler, Leipzig



Fotos: Benjamin Stittig (l.o.), Nicolas Rother (l.u.), George Reimov (r.o.), Kay Kameith (r.u.)

4 Bilder aus dem letzten Monat

Kuchenbild (links oben): Den Bürgereinwand für bezahlbares Wohnen haben wir am 24. September mit knapp 7500 Unterstützer*innen eingereicht. Damit ist das um ein Vielfaches der größte Bürgerinwand aller Zeiten. Ab jetzt geht es darum, den Druck auf den Stadtrat zu erhöhen.

DHL Hub (links unten): Rund um die Sozialproteste beteiligen sich unsere Genoss*innen an Anspracheaktionen, um wie hier z.B. am DHL Hub in Leipzig zum Schichtwechsel mit Beschäftigten über die politische Situation zu reden und sie für kommende Aktionen zu gewinnen.

Basiskonferenz (rechts oben): Am 20. September kamen um die 100 Genoss*innen, jeweils zur Hälfte Neuere und Erfahrenere, in der Völle in Grünau zur Basiskonferenz zusammen, um Programm, Amtsführung, und Strategie in der OBM-Wahl zu diskutieren und in den Wahlkampf zu starten.

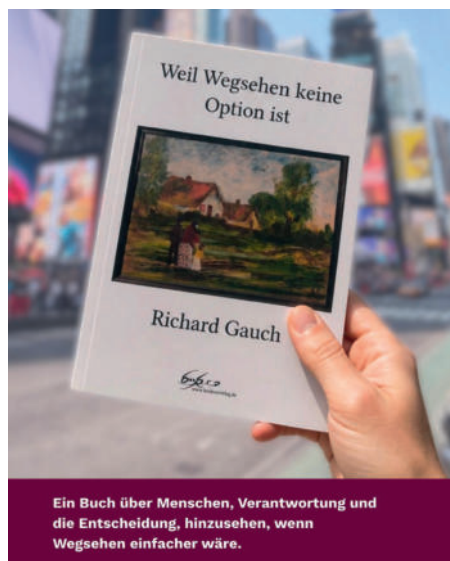
Nasse Eisi (rechts unten): Am 20. September fand der autofreie Sonntag auf der Eisenbahnstraße statt. Selbstverständlich waren wir wieder mit einem breiten inhaltlichen und spielerischen Angebot dabei. Trotz des Wetters besuchten viele Gäste unsere vier verschiedenen Infostände.

kurz & knackig

Redaktion Kurze Notizen aus der Partei

- **Parteitag I:** Am 4. Oktober 2026 findet die 1. Tagung des 10. Stadtparteitages ab 9:30 Uhr im Kupfersaal, Kupfergasse 2, statt. Auf ihr werden neben der Neuwahl des Vorstands von Die Linke Leipzig und der Finanzrevisionskommission auch die VertreterInnen im Landesrat neu gewählt. Auch die OBM-Wahl wird dabei eine prägnante Rolle spielen. Alle eingereichten Anträge und Vorstellungstexte zu den bekannten Kandidaturen findet ihr auf unserer Homepage in unseren Materialien-Heften unter: <https://gleft.de/6E8>
- **Parteitag II:** Am 28. November 2026 findet die 2. Tagung des 10. Stadtparteitages von Die Linke Leipzig ab 9:30 Uhr im Kupfersaal, Kupfergasse 2, statt. Dabei steht vor allem unser Oberbürgermeisterinnen-Wahlkampf im Mittelpunkt. So werden dort u.a. das OBM-Wahlprogramm "Mein Herz schlägt Leipzig", das wohnungspolitische Programm "Bezahlbares Wohnen für alle" sowie die Wahlkampagne diskutiert und beschlossen. Für Interessierte gibt es auch Möglichkeiten, sich direkt in den Wahlkampf einzubringen. Hier mehr Infos zum OBM-Wahlkampf.

Mehr Infos hier: <https://www.die-linke-in-leipzig.de/dokumente/stadtparteitag/10-stadtparteitag/>



„Weil Wegsehen keine Option ist“ Über Ausgrenzung, Würde und Verantwortung

Wann: Fr., 9. Oktober 2026, 18:00 Uhr
Wo: Galerie kub, Kantstraße 18

Mit seinem „Weil Wegsehen keine Option ist“ legt der Leipziger Couragepreisträger Richard Gauch eine engagierte Auseinandersetzung mit Demokratie, gesellschaftlicher Verantwortung und dem Umgang mit Ausgrenzung vor. Die offizielle Buchvorstellung wird von einer hochkarätig besetzten Podiumsdiskussion begleitet, die wenige Zeit nach den Landtagswahlen in drei ostdeutschen Bundesländern stattfindet.

Buchpräsentation mit dem Autoren Richard Gauch und Petra Pau (ehemalige Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages), Aladár Horváth (Präsident des Ungarischen Romaparlaments) und Jakob Springfeld (Autor und Demokratieaktivist).

Lesung und Diskussion: Nach der Revolte. Ein Reisebericht zu Überwachung und Widerstand in Hongkong

Wann: So., 11. Oktober, 19:00 Uhr,
Wo: INTERIM, Demmeringstr. 32

Aus Hongkong, wo die nationale Sicherheit die Freiheit ersetzt hat, erzählt Penny Prinz von Überwachung, Repression und Widerstand – und einem Modus digitaler Herrschaft, der auch in Deutschland und Sachsen zunimmt.

AG Lisa – Diskussion: Ehe im Feminismus

Wann: Do., 15. Oktober, 17:30 Uhr,
Wo: Liebknecht-Haus, Braustr. 15

Die queerfeministische AG Lisa lädt am Anfang ihrer Sitzung zur offenen,

einstündigen Diskussion über Ehe, Partner:innenschaft und deren Verhältnis zum Feminismus ein. Komm gerne vorbei!

Erstmals zu Gast in Rosas Salon – die Berliner Sozialwissenschaftlerin Prof. Dr. Birgit Mahnkopf: Der „fossil-elektrische Kapitalismus“: Brandbeschleuniger der Klimakatastrophe

Wann: Do., 15. Oktober, 18:00 Uhr,
Wo: Erich-Zeigner-Haus, Zschochersche Straße 21

Wer sich seit Jahren für eine sozial-ökologische Transformation des fossilen Kapitalismus engagiert, muss heute zur Kenntnis nehmen, dass wir von diesem Ziel möglicherweise weiter entfernt sind als noch vor einigen Jahrzehnten. Eine neue Welle der Geopolitik hat die Phase des geoökonomischen Wettbewerbs (Globalisierung) abgelöst und befördert die Militarisierung von Politik und Wirtschaft. Heiße Kriege und alle Arten von „Quasi-Kriegen“ – um den Zugang zu strategischen Rohstoffen, um die Kontrolle wichtiger Preise und um die Herrschaft über globale Liefer- und Versorgungsketten (einschließlich der physischen Infrastrukturen, von denen diese abhängen) sind zur „neuen Normalität“ geworden. Klima und Umweltpolitik werden dadurch stillgestellt. Als unzutreffend erweist sich aus heutiger Sicht die lange Zeit in der politischen Linken geteilte Annahme, dass der Ausbau erneuerbarer Energie mit einem Schrumpfen des fossilen Energiesystems einhergehen würde. Ob in Europa, den USA oder in anderen Teilen der Welt, überall wird in „Klimabomben“, d. h. die Exploration und die spätere Produktion von fossilen Energieträgern investiert [...]

Heute wird die zusätzliche Energie aus erneuerbaren Quellen in wachsendem Umfang vor allem dafür genutzt, alle möglichen Prozesse zu elektrifizieren und die Entwicklung und den Einsatz von digitalen „dual use“ Technologien voranzutreiben, also solchen mit sowohl zivilem wie militärischen Nutzen. Doch der „fossil-elektrische Kapitalismus“ wirkt eher wie ein Brandbeschleuniger für die Klimakatastrophe, er kann nicht Teil einer Eindämmung derselben sein.

Begrüßung: Kerstin Richter;
 Moderation: Johanna Glameyer
 und Angela Müller

Regelmäßige Termine

Stadtvorstand

Wann: 2. Dienstag im Monat, 18:30 Uhr
 (Nächster Termin: 13. Oktober)
Wo: Liebknecht-Haus, Braustraße 15
 und online per BigBlueButton.
 Der Stadtvorstand von Die Linke Leipzig ist zwischen der Parteitagen das höchste Gremium des Stadtverbandes.

Er trifft sich jeden Monat parteiöffentlich. Diese Treffen finden hybrid statt. Auf Nachfrage in unserer täglich besetzten Geschäftsstelle werden die Infos zu den Treffen gern zur Verfügung gestellt

Beratung der Ortsvorsitzenden und AG-SprecherInnen

Wann: 3. Dienstag im Monat, 18:30 Uhr
 (Nächster Termin: 20. Oktober)
Wo: Liebknecht-Haus, Braustraße 15
 und online per BigBlueButton.
 Der Beratung der Ortsvorsitzenden und SprecherInnen der AGs dient dem Austausch zwischen Stadtvorstand und organisierter Basis bzw. interessierten Mitgliedern.

Sie findet ebenfalls hybrid statt und ist für GenossInnen öffentlich. Wer dazu eingeladen werden möchte, sollte in unserer Geschäftsstelle Bescheid geben.

Infostand Skillshare mit Skadi und Sören!

Wann: Do, 22. Oktober 2026, 17:00 Uhr
Wo: offen, bitte anmelden:
<https://gleft.de/6MI>

Die Linke ist im Aufschwung! Immer mehr Menschen wollen sich zusammenschließen, um gemeinsam dem Rechtsruck entgegen zu stehen und für eine soziale und ökologische Gesellschaft einzutreten. In Leipzig ist die Linke stark genug, um mit Skadi Jennicke die erste Oberbürgermeisterin der Stadt zu stellen. Um das ganze Potential auszuschöpfen, ist es entscheidend sichtbar zu sein und auf Menschen zuzugehen. Dafür gibts jetzt einen Infostand-Skillshare! Lerne, wie du einen Infostand organisierst und erfolgreich Menschen ansprichst. Das kostet Überwindung, aber schöne Erfahrungen sind in Leipzig garantiert.

Herausgeberin:

Stadtvorstand Die Linke Leipzig
 Braustraße 15, 04107 Leipzig
 Fon: 0341 - 14 06 44 11
 Fax: 0341 - 14 06 44 18
 Web: www.dielinke-leipzig.de
 Mail: vorstand@die-linke-in-leipzig.de
 Spenden:
 IBAN: DE11 8605 5592 1175 5039 20
 Druck: wir-machen-druck, klimaneutral

Redaktion: Kay Kamieth (V.i.S.d.P.), Steffi Deutschmann, AG Mitteilungsblatt
Gestaltung: Johannes Schmidt
 Das nächste Mitteilungsblatt erscheint im November 2026. Redaktionsschluss für die nächste Nr. ist **Mo. 12.10., 12:00 Uhr**. Namentlich gezeichnete Beiträge entsprechen nicht in jedem Falle der Meinung der Redaktion. Die Redaktion behält sich sinnerhaltende Kürzungen vor.